

JAN VON HEIN

Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

69

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

69

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz



Jan von Hein

Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht

Mohr Siebeck

Jan von Hein geboren 1967; 1989–94 Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg; 1994–97 Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg; 1995–97 Referendar in Hamburg; 1997–98 Joseph Story Research Fellow in Private International Law an der Harvard Law School, Cambridge, Mass.; seit 1998 Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VGWORT.
Der Band wurde gefördert durch die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hein, Jan von:

Das Günstigkeitsprinzip im internationalen Deliktsrecht / Jan von Hein.

– Tübingen : Mohr Siebeck, 1999

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht ; Bd. 69)

ISBN 3-16-147119-9

978-3-16-158450-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1999 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat der Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaft I, im Wintersemester 1997/98 als Dissertation vorgelegen und ist im Sommersemester 1998 angenommen worden. Sie ist während meiner Zeit als Assistent am Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht von 1994–1997 entstanden. Herr Prof. Dr. Jan Kropholler gab die Anregung zu dem gewählten Thema. Er hat die Arbeit in jeder Phase vorbildlich betreut, das Ergebnis geduldig abgewartet und das Erstgutachten angesichts des Umfangs der Arbeit außergewöhnlich zügig erstellt. Hierfür und für die wissenschaftlich fruchtbare wie auch menschlich angenehme Zusammenarbeit am Institut danke ich ihm sehr herzlich. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Dres. h. c. Hein Kötz, Direktor am Institut, für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Des weiteren bin ich den Direktoren des Max-Planck-Instituts für die Aufnahme in die „Studien“ dankbar.

Der Druck einer so umfangreichen Arbeit stellt Probleme. Ich bin daher der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus, Hamburg, sowie dem Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT GmbH, München, für die großzügige Gewährung von Druckkostenzuschüssen zu großem Dank verpflichtet.

Herrn Michael von Hinden danke ich für seine Gesprächsbereitschaft und wertvolle Anregungen. Frau Irene Heinrich danke ich für ihre Hinweise zur Erstellung der Druckvorlage. Meiner Verlobten Anja Crone danke ich für ihr Verständnis und jeden erdenklichen Beistand. Last but not least danke ich meinen Eltern und meiner Schwester Stefanie für die mir während meiner gesamten Ausbildung gewährte Unterstützung. Ich widme diese Arbeit meinen Eltern.

Hamburg, den 22. 10. 1998

Jan von Hein

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Erster Teil: Zur Legitimität einer alternativen Anknüpfung im Inter- nationalen Deliktsrecht	6
§ 1: Methoden flexibler Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht	6
§ 2: Tatortregel und engste Verbindung	22
§ 3: Die Legitimationsbedürftigkeit alternativer Anknüpfung im Inter- nationalen Deliktsrecht	40
§ 4: Legitimation des Günstigkeitsprinzips	89
Zweiter Teil: Einschränkungen des Günstigkeitsprinzips	143
§ 5: Das Rangverhältnis zwischen Günstigkeitsprinzip und Ausweichklausel ..	143
§ 6: Günstigkeitsprinzip und Rückverweisung	153
§ 7: Vorhersehbarkeit des Erfolgsortes	181
Dritter Teil: Prozessuale Umsetzung des Günstigkeitsprinzips	222
§ 8: Die Rechtslage de lege lata	222
§ 9: Die Rechtslage nach den Referentenentwürfen und dem Regierungsentwurf 1998	252
Vierter Teil: Bestimmung von Handlungs- und Erfolgsort	269
§ 10: Die Anknüpfung an den Handlungsort	269
§ 11: Allgemeine Probleme der Anknüpfung an den Erfolgsort	306
Fünfter Teil: Ausgewählte Distanzdelikte	315
§ 12: Haftung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen	315
§ 13: Haftung für reine Vermögensschäden	343
§ 14: Internationale Produkthaftung	377
Wesentliche Ergebnisse	434
Literaturverzeichnis	442
Sachregister	465

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Erster Teil: Zur Legitimität einer alternativen Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht	6
§ 1: Methoden flexibler Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht	6
I. Zur Terminologie	6
II. Rechtsvergleichende Systematisierung	7
1. Alternative Anknüpfung als Grund- oder Spezialregel	9
a) Alternative Anknüpfung als Grundregel	9
b) Alternative Anknüpfung als Spezialregel	10
c) Kombinationsmodelle	12
2. Wertigkeit der Anknüpfungspunkte	13
3. Ermittlung des günstigeren Rechts	14
III. Flexibilisierung der Anknüpfung durch das Prinzip der engsten Verbindung	15
1. Funktionswandel des Günstigkeitsprinzips	15
2. Das österreichische Modell	15
3. Das britische Modell	18
IV. Zusammenfassung zu § 1	21
§ 2: Tatortregel und engste Verbindung	22
I. Das Prinzip der engsten Verbindung im Internationalen Deliktsrecht	22
1. Geltendes Recht	22
2. Reform	23
II. Engste Verbindung und materielles Recht aus der Sicht des klassischen Internationalen Privatrechts	23
III. Die Koordinationsfunktion des klassischen IPR	24
IV. Funktion(en) des materiellen Deliktsrechts	28
V. Zur Legitimität der Tatortregel	38
§ 3: Die Legitimationsbedürftigkeit alternativer Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht	40
I. Die Entstehung des Günstigkeitsprinzips in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	40
1. Die Leitentscheidung RGZ 23, 305	40
2. Erklärungsansätze	41
a) Lokalisationsprobleme bei reinen Vermögensschäden	41
b) Spezifische Probleme des grenzüberschreitenden Umweltschutzes	42
c) Vorbild des Straf- und Zivilprozeßrechts	43
d) Verdeckte Motive	44
aa) Favor laesi	44
bb) Verkappte lex-foi-Theorie	45
II. Zur Legitimation alternativer Anknüpfungen in Nachbargebieten des IPR	46
1. Völkerrecht	46
2. Internationales Strafrecht	49
3. Internationales Zivilverfahrensrecht	55
4. Zusammenfassung	62
III. Das Günstigkeitsprinzip und das Prinzip der engsten Verbindung	63

1. Der Widerspruch zwischen dem Günstigkeitsprinzip und dem Prinzip der engsten Verbindung	63
2. Das Günstigkeitsprinzip: Kollisions- oder Sachnorm	64
3. Methodische Ansätze zur Auflösung des Widerspruchs zwischen dem Günstigkeitsprinzip und dem Prinzip der engsten Verbindung	66
a) Versagen des Prinzips der engsten Verbindung: Das Günstigkeitsprinzip als Stichentscheid	67
b) Durchbrechung des Prinzips der engsten Verbindung	71
c) Materialisierung des Prinzips der engsten Verbindung	73
aa) Kritik des klassischen IPR	73
bb) Günstigkeitsprinzip und better law approach	78
IV. Zusammenfassung zu § 3	87
§ 4: Legitimation des Günstigkeitsprinzips	89
I. Überblick	89
II. Klassische Ubiquitätslehre	89
1. Erleichterung des internationalen Rechtsverkehrs	89
2. Konkurrierende internationale Zuständigkeiten	90
3. Elektive Konkurrenz	92
4. Staatliche Rechtsanwendungsinteressen	93
III. Vertrauensschutz	94
IV. Umsetzung materiellrechtlicher Wertungen	96
1. Mögliche Regelungszwecke	96
2. Das Günstigkeitsprinzip als Ausdruck der Doppelfunktionalität des Deliktsrechts	97
3. Deutsche sachrechtliche Wertungen und international herrschende materiellrechtliche Tendenzen	102
a) Günstigkeitsprinzip als Ausdruck der Ausgleichsfunktion	103
b) Das Günstigkeitsprinzip als Ausdruck einer qualifizierten Deliktsgerechtigkeit	104
aa) Kompensatorische Funktion	106
bb) Optimierungsfunktion	109
α) Optimierung als materiellrechtliches Gebot	109
β) Das Günstigkeitsprinzip als Mittel der Rechtsfortbildung	117
4. Pönalisierung des Vorsatztäters	119
5. Verhaltenssteuerung im Internationalen Umweltschutzrecht	121
6. Gefahr von Gesetzesumgehungen in anderen Bereichen	127
V. Praktikabilität und Flexibilität	129
1. Gleichlauf und Heimwärtsstreben	129
2. Flexibilität	130
VI. Die Gewichtung zwischen Handlungs- und Erfolgsort	131
VII. Die Aushilfsfunktion des Günstigkeitsprinzips	139
1. Materiellrechtliche Aushilfsfunktion des Günstigkeitsprinzips	139
2. Kollisionsrechtliche Aushilfsfunktion des Günstigkeitsprinzips	141
a) Handlungsortsrecht als Auffangstatut	141
b) Zurechnung fremder personaler Anknüpfungsmomente	141
VIII. Zusammenfassung zu § 4	141
Zweiter Teil: Einschränkungen des Günstigkeitsprinzips	143
§ 5: Das Rangverhältnis zwischen Günstigkeitsprinzip und Ausweichklausel	143
I. Einführung	143
II. Die Auflockerung des Deliktsstatuts – Auswirkungen de lege lata	144
1. Subsidiarität der Tatortregel	144
2. Günstigkeitsprinzip als Stichentscheid	146
3. Günstigkeitsprinzip als Ausdruck des favor laesi	147
a) Vorrang des favor laesi	147
b) Rechtslage in der Schweiz	147
4. Unsicherheiten in der deutschen Rechtsprechung	148

III. Auslegung des RefE 1993/RegE 1998 – Zusammenfassung zu § 5	151
§ 6: Günstigkeitsprinzip und Rückverweisung	153
I. Einführung	153
II. Zur Beachtlichkeit der Rückverweisung im Internationalen Deliktsrecht	154
III. Ubiquitätsregel und Günstigkeitsprinzip: Sachnorm- oder Gesamtverweisung	164
1. Sachnormverweisung nach Art. 4 II EGBGB	164
2. Sachnormverweisung aus dem Sinn der Verweisung	167
a) Keine Sinnwidrigkeit des Renvoi bei Deutung des Günstigkeitsprinzips als Stichentscheid	167
b) Lösungsmöglichkeiten bei Annahme eines <i>favor laesi</i>	170
aa) Fragwürdigkeit einer Sachnormverweisung	170
bb) Die einzelnen Lösungsmodelle	171
α) Ausschließliche Gesamtverweisung	171
β) Quantitativ bedingte Gesamtverweisung	172
γ) Ergebnisbedingte Gesamtverweisung	174
δ) Ergebnisbedingte Sachnormverweisung	174
e) Ausschließliche Sachnormverweisung	175
3. Stellungnahme	176
IV. Zusammenfassung zu § 6	179
§ 7: Vorhersehbarkeit des Erfolgsortes	181
I. Einführung	181
II. Vorhersehbarkeit in geltenden Kodifikationen	182
III. Völkerrecht und Internationales Strafrecht	183
IV. Zum Begriff des „Vertrauensschutzes“	186
1. Verkehrs- und Parteiinteressen bei <i>Kegel</i>	186
2. Materieller und formaler Vertrauensschutz	188
V. Vertrauensprinzip nach <i>Rheinstein</i>	190
1. Die Position <i>Rheinsteins</i>	190
2. Rezeption und Kritik	191
VI. Vertrauensprinzip nach <i>Heini</i>	194
VII. Internationalprivatrechtliche Zurechnung	196
1. Adäquanzlehre	196
2. Beherrschbarkeit der Schadensverursachung	197
a) Kollisionsrechtliche Zurechnung nach <i>Schmidt-Salzer</i>	197
b) Bestimmbarkeit des Deliktsstatuts (<i>Czempiel</i>)	198
c) Kollisionsrechtliche Zurechnung und materiellrechtliches Verschulden	202
VIII. Versicherbarkeit des Haftpflichttrisikos	205
IX. Funktionale Begründung des Vorhersehbarkeitserfordernisses	206
1. Vorhersehbarkeit als spezifische Ausprägung rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes	206
2. Kritik am Vorhersehbarkeitserfordernis	209
a) Überflüssigkeit bei präziser Regelbildung	209
b) Gleichbehandlungsgebot	209
c) Rechtssicherheit	210
d) Gefährdungshaftung	210
e) Zweistufiges Modell	213
f) Sonderanknüpfung der Rechtswidrigkeit	217
X. Konstellationen der Informationslastenverteilung	217
XI. Zusammenfassung zu § 7	221
Dritter Teil: Prozessuale Umsetzung des Günstigkeitsprinzips	222
§ 8: Die Rechtslage de lege lata	222
I. Allgemeines	222
II. Die Ermittlung des günstigeren Rechts	223
1. Einzel- oder Gesamtbetrachtung bei der Anspruchsbegründung	224

a) Ein Anspruch.....	224
b) Mehrere Ansprüche.....	224
2. Die Wahlbefugnis des Geschädigten	228
a) Die Entwicklung der deutschen Rechtsprechung und Lehre.....	228
b) Kritische Würdigung.....	231
aa) Rechtfertigung der Wahlbefugnis	231
bb) Ausdrückliche oder stillschweigende Rechtswahl.....	238
cc) Nichtausübung des Wahlrechts nach italienischem und schweizerischem IPR	239
dd) Prälusion	242
α) Vorschläge im Schrifttum	242
β) Kritische Würdigung.....	244
ee) Aufklärungs- und Hinweispflicht des Gerichts	247
ff) Ermittlungskosten	249
c) Ergebnis zu 2.	250
3. Verbleibender Anwendungsbereich des Amtsermittlungsgrundsatzes	250
III. Zusammenfassung zu § 8	251
§ 9: Die Rechtslage nach den Referentenentwürfen und dem Regierungsentwurf 1998	252
I. Die Rechtslage nach dem Referentenentwurf 1984	252
II. Die Rechtslage nach dem Referentenentwurf 1993.....	253
1. Modifikation des Günstigkeitsprinzips.....	253
2. Prälusion des Wahlrechts.....	255
3. Bindungswirkung der Rechtswahl	257
a) Erlöschen eines ius variandi im materiellen Recht.....	257
b) Zur Rechtsnatur des Wahlrechts aus Art. 40 I RefE 1993	258
4. Klageänderung.....	260
5. Ermittlung des ausländischen Rechts.....	261
a) Soziale Problematik des Referentenentwurfs 1993.....	261
b) Verhältnis des Art. 40 I RefE 1993 zu § 293 ZPO.....	262
c) Erstattungsfähigkeit der Kosten von Privatgutachten	262
III. Die Rechtslage nach dem Regierungsentwurf 1998.....	266
IV. Zusammenfassung zu § 9.....	267
Vierter Teil: Bestimmung von Handlungs- und Erfolgsort.....	269
§ 10: Die Anknüpfung an den Handlungsort	269
I. Der Begriff des Handlungsortes bei Tätigkeits- und Gefährdungsdelikten	269
1. Die Bestimmung des Handlungsortes bei der Verschuldenshaftung	269
a) Bestimmung der maßgeblichen Ausführungshandlung.....	269
aa) Einführung in die Problematik am Beispiel des Briefdelikts	269
bb) Abgrenzung von Vorbereitungs- und Ausführungshandlung nach dem Recht des Vornahmeortes	273
cc) Verlust der Gefahrbeherrschung	277
b) Mehrheit von Handlungsorten bei arbeitsteiliger Tatverwirklichung	278
aa) Mittäterschaft	278
bb) Anstiftung und Beihilfe	282
cc) Haftung für fremdes Verhalten	285
2. Die Bestimmung des Handlungsortes bei der Gefährdungshaftung	286
a) Meinungsstand	286
aa) Personalstatut	286
bb) Erfolgsort.....	287
cc) Einheitliche Anknüpfung	287
b) Stellungnahme.....	288
II. Die Bestimmung des Handlungsortes bei Unterlassungsdelikten	289
1. Die Problemstellung	289
2. Die in Literatur und Rechtsprechung entwickelten Lösungen.....	290

a) Ältere Lösungsvorschläge: der Aufenthaltsort des Unterlassungstäters	290
b) Neuere Lösungsvorschläge	292
aa) lex loci omissionis	292
bb) lex loci laesionis	296
cc) lex fori	297
dd) IPR-autonome Bestimmung der engsten Verbindung	298
e) Differenzierende Lösungen	299
α) Unterscheidung ortsgebundener und nicht-ortsgebundener Verkehrspflichten	299
β) Ort der konkreten Gefährdung	302
γ) Nach Überwacher- und Beschützergarantenpflichten differenzierende Lösung	303
3. Zusammenfassung zu II	304
III. Zusammenfassung zu § 10	304
§ 11: Allgemeine Probleme der Anknüpfung an den Erfolgsort	306
I. Qualifikationsprobleme	306
II. Abgrenzung Erfolg – Schaden	306
1. Materielle Schäden Hinterbliebener	306
2. Schockschäden und dommage moral	309
3. Zeitlich gestreckte Rechtsgutsverletzungen	311
III. Zusammenfassung zu § 11	313
Fünfter Teil: Ausgewählte Distanzdelikte	315
§ 12: Haftung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen	315
I. Einleitung	315
II. Analyse der Normalfälle	316
1. Schutz der Privat- und Intimsphäre	316
2. Ehestörung	319
III. Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Massenmedien	320
1. Bestimmung des Handlungsortes	320
2. Bestimmung des Erfolgsortes	323
a) Verbreitungsort	323
b) Gewöhnlicher Aufenthalt des Verletzten	325
3. Lösung des Konkurrenzproblems de lege lata	329
a) Kritik einer uneingeschränkten alternativen Anknüpfung	329
b) Konzentration auf einen Schwerpunkt-Erfolgort	333
c) Grouping of contacts (<i>Rolf Wagner</i>)	336
d) Alleinige Anknüpfung an den Handlungsort	337
e) Kritik der reinen Mosaikbeurteilung	337
4. Die kollisionsrechtliche Aushilfsfunktion des Günstigkeitsprinzips bei Streudelikten	339
5. Auswirkungen des RefE 1993/RegE 1998	341
IV. Zusammenfassung zu § 12	341
§ 13: Haftung für reine Vermögensschäden	343
I. Meinungsstand	343
1. Einführung	343
2. Anknüpfung an den Belegenheitsort des betroffenen Vermögenswerts	343
3. Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Verletzten	344
4. Anknüpfung an den Verfügungsort	344
5. Vermittelnde Lösung	346
6. Normative Bestimmung des Erfolgsortes im Einzelfall	347
II. Kritik	347
1. Kritik der Anknüpfung an jeden Schadensort	347
2. Kritik der Anknüpfung an die Vermögenszentrale	349
3. Kritik an einer normativen Einzelfallbetrachtung	350
III. Nach Deliktstypen differenzierende Anknüpfung	350
1. Untreue	350

2. Betrug	353
a) Verfügungsort als Regelanknüpfung	353
b) Ausschaltung von Zufallsergebnissen	357
aa) Die Kritik von <i>Hoffmanns</i>	357
bb) Akzessorische Anknüpfung an das betrugsspezifische Vertrauensverhältnis	358
cc) Einwände gegen eine solche Lösung	360
dd) Die Selbstschädigung des Opfers als charakteristische Leistung	362
α) Dogmatische Begründung	362
β) Unterschiede zur akzessorischen Anknüpfung	363
γ) Exkurs: Die Verlöbnibruchentscheidung des BGH	364
c) Zwischenergebnis zu 2.	366
3. Sittenwidrige Schädigung und Eingriff in den Gewerbebetrieb	367
a) Besondere Anknüpfungproblematik der „Rahmenrechte“	367
b) Abgrenzung zur Anknüpfung wettbewerbsrechtlicher Ansprüche	368
aa) Schutzrechtsverwarnung	369
bb) Verleitung zum Vertragsbruch	373
4. Verbleibender Spielraum des Günstigkeitsprinzips	374
IV. Auswirkungen der Reformentwürfe	375
V. Zusammenfassung zu § 13	376
§ 14: Internationale Produkthaftung	377
I. Einleitung	377
II. Die deutsche Rechtsprechung	378
III. Die Entwicklung der jüngeren Diskussion	379
IV. Der Handlungsort	381
1. Verzicht auf eine Kodifikation	381
2. Rechtsprechung: Sitz des Herstellers	382
3. Außer-Kontrolle-Geräten des Produkts	383
4. Ort der tatsächlichen Herstellung	385
5. Ort des Inverkehrbringens	386
6. Markt- oder Erwerbort	388
a) „Zurechnung“ der Handlungen der Vertriebshändler	388
b) Umdeutung in Unterlassungsdelikte	390
c) Teleologische Auslegung des der „Haftung zugrunde liegenden Ereignisses“	390
aa) Wettbewerbsgleichheit der Anbieter	390
bb) Gleichlauf mit dem öffentlichen Produktsicherheitsrecht	391
cc) Erwartungen des Geschädigten	393
d) Argumente gegen die Anknüpfung an den Herstellersitz	393
e) Vergleich mit der Bestimmung des Handlungsortes bei Pressedelikten	395
V. Bestimmung des Erfolgsortes	396
VI. Folgen der unterschiedlichen Einordnung des Marktortes	398
VII. Verdrängung des Verletzungsortes	400
1. Kritische Würdigung der für eine Verdrängung des Erfolgsortes vorgebrachten Argumente	400
2. Der Maßstab der berechtigten Verbrauchererwartung: das Marktvertrauen	403
3. Kritik der Beschränkung des Vertrauensschutzes auf das Marktniveau	405
VIII. Der gewöhnliche Aufenthalt des Geschädigten	407
IX. Einschränkungen der Anknüpfung an den Markt- oder Erwerbort	411
1. Differenzierung zwischen Erwerbern und sonstigen Geschädigten	412
a) Dogmatische Zulässigkeit	412
b) Praktische Schwierigkeiten	413
aa) Erwerber und Benutzer	413
bb) Lösungsvorschläge in der Schweiz und in Italien	414
cc) Einbeziehung von Personen aus dem Obhutsbereich des Erwerbers	415
dd) Optionsrecht bei Koinzidenz von Marktort und gewöhnlichem Aufenthalt	416
ee) Kritische Stellungnahme	417
α) Begriff des Erwerbortes	417

β) Keine Sonderverbindung zu Lasten Dritter.....	418
γ) Eigener Lösungsvorschlag: Alternative Anknüpfung der Ansprüche bloßer Produktbenutzer.....	419
δ) Abgrenzung zu dem von <i>Wandt</i> vorgeschlagenen Optionsrecht.....	420
2. Einverständnisklausel	421
3. Weitere Fragen.....	422
X. Anknüpfungssystem für die Produkthaftung.....	422
XI. Vereinbarkeit des Günstigkeitsprinzips mit dem Recht der Europäischen Union	423
1. Der Meinungsstand.....	423
a) Europarechtliche Kritik des Günstigkeitsprinzips	423
b) Verteidigung des Günstigkeitsprinzips	424
c) Europarechtliche Rechtfertigung der Ubiquitätsregel	425
2. Die deutsche Rechtsprechung.....	426
3. Stellungnahme	426
a) Binnenmarkt als Rechtfertigung der Ubiquitätsregel	426
b) Anwendungsbereich des Art. 30 EGV	426
c) Ungleichbehandlung.....	428
d) Rechtfertigung.....	430
4. Europarechtskonforme Anknüpfung.....	431
5. Ergebnis zu XI	433
XII. Zusammenfassung zu § 14.....	433
Wesentliche Ergebnisse.....	434
Literaturverzeichnis	442
Sachregister	465

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte (Abzahlungsgesetz) vom 16. 5. 1894 (RGBl. 450)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
a. E.	am Ende
a. F.	alter Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 9. 12. 1976 (BGBl. I 3317)
AK-ZPO	Alternativkommentar zur Zivilprozeßordnung
All E. R.	All England Law Reports
allg.	allgemein
ALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Annal. Fac. Istanbul	Annales de la Faculté de Droit d'Istanbul
Annuaire	Annuaire de l'institut de droit international (Belgien)
AnwBl.	Anwaltsblatt
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
App.	Appellationsgericht
Art., Artt.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufs.	Aufsatz
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (s. RIW)
B.	Belgien
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Der Betriebs-Berater
BBl.	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Beil.	Beilage
Beiträge	Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Bekl.	Beklagte(r, n)
Bem.	Bemerkung
BerDGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluß
BezG	Bezirksgericht
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. 8. 1896
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz i. d. F. vom 14. 5. 1990 (BGBl. I 880)
BIZürSpr.	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung
BR	Bundesrepublik
BR-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates
BSHG	Bundessozialhilfegesetz i. d. F. vom 13. 2. 1976 (BGBl. I 289)
BT	Besonderer Teil
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambres civiles
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
c.	contre
C. A.	Cour d'Appel; Court of Appeal
Cah. dr. eur.	Cahiers de droit européen
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cass. Belg.	Cour de Cassation (Belgien)
Cass. civ.	Cour de Cassation (Frankreich)
C. civ.	Code civile; codice civile
CH	Schweiz
Ch. D.	Chancery Division
CH-IPRG	(Schweizerisches) Bundesgesetz über das internationale Privatrecht vom 18. 12. 1987, Systematische Sammlung des Bundesrechts 291
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods vom 11. 4. 1980 (BGBl. 1989 II 586)
Clunet	Journal du Droit International, begründet von Edouard Clunet
CML Rev	Common Market Law Review
c. p. c.	Codice di procedura civile (Italien)
CR	Computer und Recht
D.	Recueil Dalloz
DAR	Deutsches Autorecht
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
d. i. p.	diritto internazionale privato; droit international privé
Dir. com.	Diritto comunitario e degli scambi internazionali
Diss.	Dissertation
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht

Dt. Rat.	Deutscher Rat für IPR
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ed.	edition
Edinburgh L. Rev.	Edinburgh Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft(en); Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. 8. 1896
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
ErgBd.	Ergänzungsband
ESP	Entscheidungssammlung Produkthaftung
Est.	Estland
est. IPRG	estnisches Gesetz über die allgemeinen Grundsätze des Zivilgesetzbuchs, Riigi Teataja Teil I 1994, Nr. 53, Art. 889
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des (Europäischen) Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz
EuR	Europarecht
Eur. L. Rev.	European Law Review
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvBl.	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen (Wien)
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. 6. 1980 (BGBl. 1986 II 810)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 (BGBl. II 766)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
F.	Frankreich
f., ff.	folgend(e)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Foro it.	Il Foro italiano
FS	Festschrift
G., Ges.	Gesetz
GA	Goltdammers Archiv
Gaz. Uff.	Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana
GB	Großbritannien
GBI.	Gesetzblatt
GedS	Gedächtnisschrift
GesetzesVO	(ungarische) Gesetzesverordnung Nr. 13/1979 vom 31. 5. 1979 über das internationale Privatrecht
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 (BGBl. 1)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	– (Auslands- und) Internationaler Teil
GVÜ	(Europäisches) Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. 9. 1968 (BGBl. 1972 II 774)

Habil.	Habilitationsschrift
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hdb	Handbuch
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
HPÜ	Haager Übereinkommen über das auf die Produkthaftung anzuwendende Recht vom 2. 10. 1973
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HS	Halbsatz
Hvhb.	Hervorhebung
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften vom 16. 1. 1986 (BGBl. I 122)
I.	Italien
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
i. d. F.	in der Fassung
Inc.	Incorporated
int.	international
IntStrafR	Internationales Strafrecht
IPG	Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht, hrsg. von Ferid, Kegel, Zweigert
IPL	International Product Liability
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	s. CH-IPRG, est. IPRG, ital. IPRG, jug. IPRG, Ö-IPRG, rum. IPRG
IPRG-Komm	s. Literaturverzeichnis unter Heini
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
ital.	italienisch
ital. IPRG	Gesetz Nr. 218 vom 31. 5. 1995 zur Reform des italienischen internationalen Privatrechts, Ordentliche Beilage zur Gaz. Uff. Nr. 128 vom 3. 6. 1995
i. S.	im Sinne
IStR	Internationales Steuerrecht
IZPR	Internationales Zivilprozeßrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbItR	Jahrbuch für Italienisches Recht
JBl.	Juristische Blätter
JR	Juristische Rundschau
Jug.	Jugoslawien
jug. IPRG	(jugoslawisches) Gesetz zur Regelung von Gesetzeskollisionen vom 15. 7. 1982
JurBüro	Das juristische Büro
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
Kl.	Kläger
Kl.in	Klägerin
Komm.	Kommentar
krit.	kritisch

KritJ	Kritische Justiz
KSP	s. Literaturverzeichnis unter Honsell
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie (Kunsturhebergesetz) vom 9. 1. 1907 (RGBI. 7)
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LGBI.	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Lie.	Liechtenstein
lit., litt.	litera, literae
LK	Leipziger Kommentar
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
Losebl.	Loseblatt
LQR	Law Quarterly Review
LS	Leitsatz
Ltd.	Limited (Company)
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MPI	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MünchKomm	Münchener Kommentar
MuR	Medien und Recht
MuW	Zeitschrift für Markenschutz und Wettbewerb
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N.	Note, Fußnote
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n. F.	neue Fassung; neue Folge
NiemZ	Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
NK	NOMOS-Kommentar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
Nuove leggi civ. comm.	Le nuove leggi civili commentate
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OAG	Oberappellationsgericht
Ö., österr.	Österreich, österreichisch
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGHBrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
Ö-IPRG	(österreichisches) Bundesgesetz vom 15. 6. 1978 über das internationale Privatrecht, BGBI. Nr. 304
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
P.	Portugal
Pe.	Peru
P. 2d	Pacific Reporter, Second (Regionalfallrechtssammlung, 2. Serie)
PCIJ	Permanent Court of International Justice (StIGH)
PIL	Private International Law
PIL (MP) Act	Private International Law (Miscellaneous Provisions) Act (Großbritannien)

ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte vom 15. 12. 1989 (BGBl. I 2198)
R	Recht
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Rechtsanwendungsgesetz der DDR vom 5. 12. 1975 (GBl. I 748)
RAnwVO	Verordnung über die Rechtsanwendung bei Schädigungen deutscher Staatsangehöriger außerhalb des Reichsgebietes vom 7. 12. 1942 (RGBl. I 706)
Rec. des Cours Recht	Recueil des Cours de l'Academie de Droit international Zeitschrift „Das Recht“
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rev. crit.	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch, Kommentar, hrsg. von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. com.	Rivista del diritto commerciale e del diritto generale delle obbligazioni
Riv. dir. eur.	Rivista di diritto europeo
Riv. dir. int.	Rivista di diritto internazionale
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rpflieger	Der Deutsche Rechtspfleger
RSA	Republik Südafrika
Rspr.	Rechtsprechung
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen
Rum.	Rumänien
rum. IPRG	(rumänisches) Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Internationalen Privatrechts vom 22. 9. 1992, Monitorul Oficial vom 1. 10. 1992 I Nr. 245, S. 1
Rz.	Randziffer
S.	Seite; Satz
s.	section; siehe
SchR	Schuldrecht
scil.	scire licet
S. Ct.	(Band) S. Ct. (Seite) Supreme Court Reporter
SeuffArch.	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SGB	Sozialgesetzbuch
SJbIntR	Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
sic	so
SK	Systematischer Kommentar
Slow.	Slowakei
s. o.	siehe oben
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
ss.	sections
StAZ	Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung

Studien	Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 19. 12. 1952 (BGBl. I 837)
s. u.	siehe unten
suppl.	supplement
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TranspR	Transport- und Speditionsrecht
Trib.	Tribunal
Trib. gr. inst.	Tribunal de grande instance
Tschech.	Tschechische Republik
Tulane L. Rev.	Tulane Law Review
Tz.	Teilzahl
u. a.	unter anderem; und andere
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
Ung., ung.	Ungarn, ungarisch
UrhG	Gesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. 9. 1965 (BGBl. I 1273)
Urt.	Urteil
U. S.	(Band) U. S. (Seite) United States Reports (Entscheidungssammlung des Obersten Bundesgerichtshofes)
US, USA	Vereinigte Staaten von Amerika
U.S.L.W.	United States Law Week
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. 6. 1909 (RGBl. 499)
v.	von; vom; bei Entscheidungen aus dem anglo-amerikanischen Rechtskreis: versus (gegen)
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VuR	Verbraucher und Recht
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Gesetz über Wertpapierhandel vom 26. 7. 1994 (BGBl. I 1749)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
Yale L. J.	Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZfRS	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfS	Zeitschrift für Soziologie
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung vom 30. 1. 1877
ZR	Zürcher Rechtsprechung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

zust.	zustimmend
ZVgIRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	– International

Einleitung

Die Grundregel des deutschen Internationalen Deliktsrechts ist die Tatortregel. Sie gilt nach überwiegender Auffassung kraft Gewohnheitsrechts, nach vorsichtigeren Stimmen ist ihre Rechtsquelle im Richterrecht zu suchen¹. Art. 38 EGBGB setzt nach allgemeiner Meinung die Anknüpfung an den Tatort stillschweigend voraus². Der BGH hat erst jüngst betont, daß er die Tatortregel ungeachtet der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Auflockerung des Deliktsstatuts für eine grundsätzlich angemessene und sachgerechte Kollisionsnorm hält, deren Durchbrechung in Ausnahmefällen einer besonderen Begründung bedürfe³.

Während die wissenschaftliche Diskussion der jüngeren Zeit von der Frage beherrscht wurde, ob die Tatortregel zugunsten einer Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt oder an rechtliche oder tatsächliche Sonderbeziehungen zwischen Täter und Opfer eingeschränkt werden dürfe und müsse⁴, ist das klassische Problem des Internationalen Deliktsrechts, nämlich die Bestimmung des Tatortes bei einem Auseinanderfallen von Handlungs- und Erfolgsort, zeitweilig in den Hintergrund getreten. Die Rechtsprechung hält trotz vereinzelt aufscheinender Zweifel⁵ unbeirrt an der seit mehr als hundert Jahren geübten Praxis fest, das anwendbare Recht bei Distanzdelikten anhand der Ubiquitätslehre zu bestimmen, d. h. das für den Geschädigten in concreto günstigere materielle Recht des Handlungs- oder Erfolgsortes anzuwenden⁶. Die bereits mehrfach angemahnte Rechtfertigung

¹ Für gewohnheitsrechtliche Geltung: *Binder*, *RabelsZ* 20 (1955) 401, 407; *Hohloch* *Deliktsstatut* 260 N. 251; *Soergel/Lüderitz* Art. 38 EGBGB Rz. 3; *Lüderitz* *IPR* Rz. 299; *Patrzek* 30; für Richterrecht: *Staudinger/von Hoffmann* Art. 38 EGBGB Rz. 111; *Baetge*, *Annal. Fac. Istanbul* 31 (1997) 38; vermittelnd *Erman/Hohloch* Art. 38 EGBGB Rz. 15; unentschieden *MünchKomm-BGB/Kreuzer* Art. 38 EGBGB Rz. 10.

² BGH 5. 10. 1976, *NJW* 1977, 496, 497 = *IPRspr.* 1976 Nr. 17; BGH 8. 1. 1981, *BGHZ* 80, 1, 3 = *IPRspr.* 1981 Nr. 24; BGH 7. 7. 1992, *BGHZ* 119, 137, 139 = *IPRspr.* 1992 Nr. 58; *Palandt/Heldrich* Art. 38 EGBGB Rz. 1; *Staudinger/von Hoffmann* Art. 38 EGBGB Rz. 111; *MünchKomm-BGB/Kreuzer* Art. 38 EGBGB Rz. 12; *W. Lorenz* in: *v. Caemmerer* 97, 99; *Soergel/Lüderitz* Art. 38 EGBGB Rz. 3.

³ BGH 7. 7. 1992, *BGHZ* 119, 137, 140 f. = *IPRspr.* 1992 Nr. 58.

⁴ Grundlegend im deutschen Schrifttum: *Binder*, *RabelsZ* 20 (1955) 401 ff.; *Kropholler*, *RabelsZ* 33 (1969) 601 ff.; zum heutigen Diskussionsstand vgl. *Zimmer*, *JZ* 1993, 396 ff.; *Deville*, *IPRax* 1997, 409 ff.

⁵ BGH 28. 2. 1989, *IPRspr.* 1989 Nr. 184 = *WM* 1989, 1047, 1049; obiter ablehnend für Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien OLG Hamburg 8. 12. 1994, *NJW-RR* 1995, 790, 792 = *IPRspr.* 1994 Nr. 51 [S. 106]; allein an den Erfolgsort knüpft ferner LG Frankfurt a. M. 22. 4. 1994, *NJW-RR* 1994, 1493 = *IPRspr.* 1994 Nr. 48 im Falle einer Verletzung der Privatsphäre an.

⁶ Grundlegend: *RG* 20. 11. 1888, *RGZ* 23, 305, 306; ferner: *RG* 21. 12. 1900, *SeuffArch.* 56 (1901) Nr. 175; *RG* 22. 12. 1902, *NiemZ* 13 (1903) 171 = *JW* 1903, 63; *RG* 30. 3. 1903, *RGZ* 54, 198, 205; *RG* 8. 11. 1906, *NiemZ* 18 (1908) 159 = *SeuffArch* 62 (1907) Nr. 150 = *Clunet* 36 (1909) 212; *RG* 2. 12. 1921, *MuW* 22 (1922/23) 61; *RG* 16. 5. 1925, *Recht* 29 (1925) Nr. 1274; *RG* 12. 11. 1932, *RGZ* 138, 243, 246; *RG* 10. 1. 1936, *JW* 1936, 1291; *BGH* 23. 6. 1964, *NJW* 1964, 2012 = *IPRspr.* 1964–65 Nr. 51; *BGH* 17. 3. 1981, *NJW* 1981, 1606 = *IPRspr.* 1981 Nr. 25 (insoweit in *BGHZ* 80, 199 nicht abgedruckt); *BGH* 28. 2. 1996, *BGHZ* 132, 105, 117 f. = *LM* Nr. 8 zu § 29 ZPO mit Anm. *Geimer* = *JZ* 1997, 88 mit Anm. *Gottwald*; *BAG* 30. 10. 1963, *AP* IPR,

tigung dieser im internationalen Vergleich für lange Zeit singulären Lösung läßt die Rechtsprechung allerdings bis heute vermissen⁷. Indes ist die Kritik am Günstigkeitsprinzip in der Lehre nie verstummt⁸. Selbst die Befürworter der Ubiquitätslehre müssen eingestehen, daß eine Begründung der Bevorzugung des Geschädigten bei Distanzdelikten schwerfällt⁹. Dennoch sieht der am 1. Dezember 1993 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Internationalen Privatrechts (außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachen) in Art. 40 I eine – wengleich gegenüber dem geltenden Recht zu Lasten des Geschädigten modifizierte – Kodifikation der Ubiquitätsregel vor¹⁰. Allein dies wäre Anlaß genug für eine kritische Bestandsaufnahme der Ubiquitätslehre.

Hinzu kommt, daß die Suche nach einer angemessenen Anknüpfungsregel für komplexe Delikte kein spezifisches Problem des deutschen Internationalen Privatrechts ist. In mehreren europäischen Ländern sind in jüngerer und jüngster Zeit grundlegende Reformen ins Werk gesetzt worden¹¹. Den radikalsten Schnitt haben die Briten mit dem Private International Law (Miscellaneous Provisions) Act 1995 vollzogen, der am 1. Mai 1996 in Kraft getreten ist. In Italien ist mit dem Gesetz Nr. 218 vom 31. Mai 1995 das gesamte IPR einschließlich des Deliktsrechts neu kodifiziert worden. Die Schaffung des schweizerischen IPR-Gesetzes liegt zwar schon etwas länger zurück; das moderne Werk hat indes eine Ausstrahlungskraft entwickelt, die es nach wie vor im Brennpunkt der internationalen Diskussion stehen läßt und sich z. B. auf die Kodifikation des rumänischen und des italienischen Internationalen Deliktsrechts deutlich ausgewirkt hat.

Die Reformen haben für die Anknüpfung zum Teil auf das Günstigkeitsprinzip zurückgegriffen, zum Teil eine Fallgruppenbildung bevorzugt oder Ausweichklauseln und die verschiedenen Ansätze miteinander kombiniert. Im Lichte der internationalen Entscheidungsharmonie ist es daher dringend geboten, Dissonanzen aufzuspüren und nach einer international konsensfähigen Lösung zu suchen. Der Entwurf eines EU-Übereinkommens über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, den die Europäische Gruppe für Internationales Privatrecht auf ihrer Tagung in Den Haag vom 26.–28. 9. 1997 in Den Haag besprochen hat, gibt Anlaß zur Hoffnung auf eine europäische Rechtsvereinheitli-

ArbR Nr. 8 mit Anm. *Beitzke* = BAGE 15, 79 = NJW 1964, 990 = IPRspr. 1962–63 Nr. 40; ferner OLG München 9. 8. 1995, RIW 1996, 955, 904 Aufsatz *Christoph Schmid* = IPRax 1997, 38, 22 Aufsatz *Peter Huber* = IPRspr. 1995 Nr. 38.

⁷ Kritisch gegenüber der äußerst lapidaren Rechtsprechung bereits *Steindorff* Sachnormen im IPR 124; *W. Lorenz* in: v. *Caemmerer* 97, 115; *Gerhard Wagner*, *RabelsZ* 62 (1998) 243, 256.

⁸ *Chr. von Bar*, *JZ* 1985, 961, 966; *ders.* IPR I Rz. 566; *ders.* IPR II Rz. 668 f.; *Beitzke*, *Rec. des Cours* 115 (1965-II) 63, 95; *ders.*, *JuS* 1966, 139, 140–143; *ders.*, *FS Ferid* (1978) 39, 55; *Bernhard* 277–279; *ders.*, *RabelsZ* 58 (1994) 347, 351; *Koziol*, *FS Beitzke* (1979) 575, 581; *Kropholler* IPR 460 (§ 53 IV 1 d); *W. Lorenz* in: v. *Caemmerer* 97, 113–120; *Lüderitz* IPR Rz. 301–303; *Soergel/Lüderitz* Art. 38 EGBGB Rz. 16; *Neuhaus* IPR 243 (§ 30 III 1 c); *Riegl* 47–60; *Roßbach* Gewässerverunreinigung 128–133; *Schneeweiß* 65 f.; *Gerhard Wagner*, *RabelsZ* 62 (1998) 243, 256–261; vgl. auch *Baetge*, *JuS* 1997, 35: „rechtspolitisch umstritten“.

⁹ *Kegel* IPR 537 (§ 18 IV 1 a aa).

¹⁰ Abgedruckt als Anhang bei *Kropholler* IPR 575 ff.; mittlerweile liegt der Regierungsentwurf eines Gesetzes zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachen vom 24. August 1998 vor (noch unveröffentlicht), hierzu s. u. § 1 II und III; § 9 III.

¹¹ S. u. § 1 II und III.

chung¹². Hierbei geht es nicht nur um gesetzgebungstechnische Feinheiten. Es besteht ein national und international verbreitetes Unbehagen daran, das Günstigkeitsprinzip zur Grundregel des Internationalen Deliktsrechts zu erheben – der erwähnte EU-Entwurf jedenfalls nimmt das Günstigkeitsprinzip nicht auf¹³. Dieses Unbehagen wirft grundsätzliche dogmatische Fragen auf:

Das Ziel des Internationalen Deliktsrechts ist die Anwendung derjenigen Rechtsordnung, zu welcher der Sachverhalt die engste Verbindung aufweist¹⁴. Dieses Prinzip liegt sowohl der richterrechtlich geprägten Ausweichklausel des geltenden Rechts¹⁵ als auch dem Art. 41 I des RefE 1993/RegE 1998 zugrunde. Zweifelhaft ist, wie sich dieses Ziel mit einer allein auf materiellrechtliche Gesichtspunkte abstellenden, generellen Begünstigung des Distanzgeschädigten vereinbaren läßt. So ist zum Beispiel fraglich, ob, wenn bei einem Distanzdelikt eine wesentlich engere Verbindung zum Handlungs- oder Erfolgsort – oder gar zu einem dritten Ort – besteht, das Günstigkeitsprinzip dem Prinzip der engsten Verbindung weichen oder ob sich der *favor laesi* als bewußte rechtspolitische Privilegierung des Geschädigten behaupten soll¹⁶. Wählt man den ersten Weg, so ist zu bedenken, daß die Einschränkung des Günstigkeitsprinzips zu einer beträchtlichen Verringerung der Fälle führt, in denen überhaupt noch eine ubiquitäre Bestimmung des Tatortes in Betracht kommt, ohne daß unmittelbar plausibel ist, warum dem Geschädigten in Auflockerungsfällen weniger Sympathie entgegengebracht wird als bei „klassischen“ Distanzdelikten¹⁷. Ferner wird der Distanzgeschädigte nicht nur gegenüber dem Inlandsgeschädigten bevorzugt¹⁸, sondern auch gegenüber den in eindeutig lokalisierten Auslandssachverhalten Geschädigten, denen aber aufgrund der Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt oder an eine rechtliche Sonderbeziehung kein Wahlrecht, etwa zwischen *lex communis* und *lex loci*¹⁹ oder zwischen *lex contractus* und *lex loci*, eingeräumt wird. Bereits dieser kurze Aufriß des Problems verdeutlicht, daß der Distanzgeschädigte nicht nur gegenüber dem Täter privilegiert wird, mithin bloße Sympathie für den Geschädigten als Begründung für das Günstigkeitsprinzip nicht ausreicht²⁰.

In dogmatischer Hinsicht erweckt es Mißtrauen, daß das übliche Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen einer am Prinzip der engsten Verbindung orientierten Anknüpfung und einer materiellrechtlich motivierten Alternativanknüpfung im Internationalen Deliktsrecht auf den Kopf gestellt wird²¹. Der Umstand, daß Alter-

¹² S. hierzu den Bericht von *Jayme*, IPRax 1998, 140 f.

¹³ S. *Jayme*, vorige N., 141.

¹⁴ *Erman/Hohloch* Einl. vor Art. 3 EGBGB Rz. 30.

¹⁵ BGH 7. 7. 1992, BGHZ 119, 137, 140 f. = IPRspr. 1992 Nr. 58.

¹⁶ Vgl. *Chr. von Bar*, JZ 1985, 961, 965 N. 74; *Koch/Magnus/Winkler von Mohrenfels(-Magnus)* IPR¹ 99 f. (§ 6 A IV 5); *Stadler*, JZ 1994, 642, 650.

¹⁷ Vgl. *Chr. von Bar*, JZ 1985, 961, 965 N. 74.

¹⁸ Vgl. hierzu *Beitzke*, JuS 1966, 139, 142; *Kropholler* IPR 459 f. (§ 53 IV 1 d).

¹⁹ Der entsprechende Vorschlag von *Seetzen*, NJW 1972, 1643, 1646 ist vereinzelt geblieben; neuerdings auch *Wandt*, FS Egon Lorenz (1994) 691, 702 f.; vgl. auch für einen Sonderfall *Stoll*, FS Kegel (1977) 113, 139.

²⁰ Die „Sympathie“ für den Geschädigten hält *Kegel* IPR 537 (§ 18 IV 1 a aa) für den entscheidenden Gesichtspunkt.

²¹ Vgl. *Beitzke*, FS Ferid (1978) 39, 55.

nativanknüpfungen als Ausnahmen im IPR in besonderem Maße begründungsbedürftig sind, gerät aus dem Blickfeld²².

Des weiteren wirft die Umwälzung des Internationalen Deliktsrechts die Frage auf, ob nicht das Günstigkeitsprinzip selbst einen grundlegenden Funktionswandel erfahren hat. Im Rahmen des klassischen Anknüpfungssystems des Internationalen Deliktsrechts, das nur die Tatortregel kannte, war die Ubiquitätslehre ein willkommenes Instrument, um eine starre Kollisionsnorm im Dienste einzelfallgerechter Lösungen geschmeidig und anpassungsfähig zu gestalten²³. Ein aufgelockertes System aber, das differenzierte Anknüpfungsregeln und als Notbehelf für „hard cases“ eine Ausweichklausel vorsieht, könnte auf eine janusköpfige Grundregel möglicherweise verzichten, ohne daß die gerechte Lösung des Einzelfalles darunter leiden müßte²⁴.

Ferner hat die wissenschaftliche Diskussion der vergangenen Jahrzehnte, teils im Dialog mit der, teils im Widerspruch zur Rechtsprechung, eine Fülle an neuen dogmatischen Ansätzen hervorgebracht, an denen eine allgemeine Grundregel des Internationalen Deliktsrechts zu messen ist. Einer Antwort bedürfen insbesondere die folgenden Fragen:

Zweifelhaft ist, ob die Ubiquitätsregel der Entwicklung des materiellen Deliktsrechts entspricht oder ob sie eine adäquate kollisionsrechtliche Umsetzung seiner Grundgedanken verhindert. Während zum Beispiel der moderne Trend zur Gefährdungshaftung von den einen als Grund zur Abkehr vom Günstigkeitsprinzip bewertet wird²⁵, führen andere gerade die materiellrechtliche Tendenz zur strikten Haftung bei Produkt- und Umweltschäden als Begründung für eine auch das Kollisionsrecht dieser Sachgebiete ergreifende Begünstigung des Geschädigten an²⁶. Diese Widersprüche zeigen, daß das Verhältnis zwischen sachrechtlichen und kollisionsrechtlichen Wertungen im Deliktsrecht einer Klärung bedarf.

Ferner ist fraglich, ob die durch das Günstigkeitsprinzip hervorgerufene Ungewißheit über das letztlich anwendbare Recht mit dem vielfach verfochtenen Postulat des kollisionsrechtlichen Vertrauensschutzes vereinbar ist²⁷. Auch in dieser Fragestellung, der Bestimmung der berechtigten Parteierwartungen, spiegeln sich die Meinungsverschiedenheiten und Unsicherheiten über eine angemessene kollisionsrechtliche Verarbeitung sachrechtlicher Regelungsziele wider.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich der Gang der Untersuchung, der zur besseren Übersicht im folgenden kurz skizziert werden soll: Im ersten Teil wird zunächst ein kurzer rechtsvergleichender Überblick über die verschiedenen Me-

²² Insbesondere in den Arbeiten von *Christian Schröder* (hierzu mit Recht kritisch *Picone*, Riv. dir. int. 79 [1996] 1140–1145) und *Busch* Ubiquitätsregel 100: Das Günstigkeitsprinzip sei lediglich die „schlüssige Konsequenz“ der Tatortregel; zu den Anforderungen an eine berechnete Alternativanknüpfung *Kropholler* IPR 126 f. (§ 20 II 3).

²³ Vgl. *Ferid* IPR Rz. 6-181; *Riegl* 52; *Stadler*, JZ 1994, 642, 650; den Vorzug der Flexibilität betonte auch der Dt. Rat in: v. *Caemmerer* 5, 10.

²⁴ A.A. *Stadler*, JZ 1994, 642, 650.

²⁵ *Neuhaus* IPR 243 (§ 30 III 1 c).

²⁶ Für die Umwelthaftung siehe Punkt 4 der auf der Osnabrücker Tagung über das Internationale Umwelthaftungsrecht beschlossenen „Zehn Punkte von Osnabrück“ (verfaßt von *Chr. von Bar*), abgedruckt bei *Wandt*, VersR 1994, 914 f.; für die Produkthaftung *Kropholler* IPR 472 (§ 53 VI 3).

²⁷ Vgl. *Bernhard* 277–279; *ders.*, *RabelsZ* 58 (1994) 347, 351.

thoden gegeben, die eine flexible Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht ermöglichen (§ 1). Sodann wird der Versuch unternommen, das Prinzip der engsten Verbindung im Lichte der Zwecke des materiellen Haftungsrechts zu konkretisieren (§ 2). Daraufhin wird ausführlich begründet, weshalb eine ergebnisorientierte Alternativanknüpfung ungeachtet aller Tendenzen zur Materialisierung des IPR eine Ausnahme vom Prinzip der engsten Verbindung darstellt und folglich einer Begründung bedarf (§ 3). Hieran schließt sich eine kritische Würdigung der gängigen Erklärungsmuster und Legitimationsansätze an (§ 4). Vor diesem Hintergrund wird im zweiten Teil das Rangverhältnis zwischen dem Günstigkeitsprinzip und der auf die engste Verbindung bezogenen Ausweichklausel analysiert (§ 5), das Verhältnis zwischen dem Günstigkeitsprinzip und dem im deutschen IPR geltenden Grundsatz der Gesamtverweisung untersucht (§ 6) sowie der Frage nachgegangen, ob und inwieweit eine Anknüpfung an den Erfolgsort unter Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes einzuschränken ist (§ 7). Im dritten Teil wird die prozessuale Umsetzung des Günstigkeitsprinzips kritisch betrachtet (§§ 8 und 9). Im vierten Teil wird die genaue Bestimmung des Handlungs- und Erfolgortes näher untersucht (§§ 10 und 11). Schließlich werden im fünften Teil am Beispiel ausgewählter Distanzdelikte die in den vorangehenden Abschnitten aufgezeigten Konfliktfelder weiter vertieft, nämlich in bezug auf die Haftung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen und reine Vermögensschäden (§§ 12 und 13) sowie für die Internationale Produkthaftung (§ 14). Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit noch einmal zusammengefaßt.

Erster Teil: Zur Legitimität einer alternativen Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht

§ 1: Methoden flexibler Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht

I. Zur Terminologie

Hinter dem Günstigkeitsprinzip verbergen sich bei genauer Betrachtung zwei Regeln: Zum einen die Ubiquitätsregel (im engeren Sinne), der zufolge ein Delikt im Sinne der Tatortregel sowohl am Handlungs- als auch am Erfolgsort begangen wird; zum anderen das Günstigkeitsprinzip (im engeren Sinne), das die infolge der Ubiquitätsregel entstehende Konkurrenz zwischen Handlungs- und Erfolgsort entscheidet¹. Vielfach werden aber auch die Ubiquitätsregel und das Günstigkeitsprinzip zusammenfassend als Ubiquitätstheorie oder -lehre bezeichnet². Beide Redeweisen bergen die Gefahr von Mißverständnissen: Reduziert man das Günstigkeitsprinzip auf die formale Bedeutung einer Konkurrenzregel, ein bloßes Problem der Anknüpfungstechnik, wird die besondere Legitimationsbedürftigkeit, die eine alternative Anknüpfung zugunsten des Geschädigten vor dem Hintergrund des Prinzips der engsten Verbindung aufwirft, zumindest vernachlässigt, wenn nicht gar verkannt³. Wird hingegen die „radikale Autonomie“ der „materiellen Methode des Kollisionsrechts“ betont⁴, rückt zwar das Legitimationsproblem in den Vordergrund; zugleich droht aber die Grenze zwischen dem Günstigkeitsprinzip im herkömmlichen Sinne und einem – gänzlich auf die Vorschaltung lokalisatorischer Elemente verzichtenden – better law approach unscharf zu werden: Es gibt eben nicht nur „die“ materielle Methode im IPR, sondern durchaus verschiedene kollisionsrechtliche Wege, um

¹ Differenzierend von *Hoffmann*, IPRax 1996, 1, 4 f.; vgl. auch *Chr. v. Bar* IPR II Rz. 667, der das Günstigkeitsprinzip im Verhältnis zur Ubiquitätsregel als eine „weiter[e] Grundregel“ bezeichnet.

² Erläuterungen zum österreichischen IPRG, *Feil* 243; *Kropholler* IPR 459 (§ 53 IV 1 d); *Ebenroth* in: *Ebenroth/Rouger* Rz. 419; *Baetge*, JuS 1997, 35; für eine Vermeidung des Begriffs „Günstigkeitsprinzip“ *Busch* Ubiquitätsregel 100.

³ Daran krankt insbesondere die Arbeit von *Christian Schröder*, bes. 138, wo das Günstigkeitsprinzip ernsthaft als Mittel zur Lösung der Konkurrenz „mehrerer[r] engster [sic] Verbindungen“ bezeichnet wird; vgl. hierzu die äußerst scharfe Kritik von *Picone*, Riv. dir. int. 79 (1996) 1140, 1143; das Legitimationsproblem verkennt auch *Busch* Ubiquitätsregel 100.

⁴ In diesem Sinne *Picone*, Riv. dir. int. 79 (1996) 1140, 1143; *ders.*, Riv. dir. int. 79 (1996) 289, 301 f.

eine Partei zu begünstigen⁵. Es ist also geboten, analytisch zwischen „Ubiquitätsregel“ und „Günstigkeitsprinzip“ zu trennen, ohne die Interdependenzen zwischen beiden Regelungsebenen zu vernachlässigen.

In dieser Arbeit wird der Begriff „Günstigkeitsprinzip“ in der Regel im weiteren Sinne verwendet, d. h., er schließt die vorgreifliche Ubiquitätsregel mit ein. Nur so läßt sich die sprachliche Schwerfälligkeit vermeiden, stets von „Ubiquitätsregel und Günstigkeitsprinzip“ zu sprechen, wenn die Alternativanknüpfung im Internationalen Deliktsrecht insgesamt angesprochen werden soll. Die damit verbundene analytische Unschärfe ist vertretbar, weil es ein Günstigkeitsprinzip ohne das vorgreifliche und daher in aller Regel mitgemeinte Ubiquitätsprinzip nicht gibt. Eine Ubiquitätslehre, die das dem Geschädigten ärgere Recht berufen will, wird im deutschen Rechtskreis nicht vertreten, so daß Mißverständnisse auch insofern ausgeschlossen werden können. Soweit es für ein angemessenes Verständnis der Problematik aus den genannten Gründen unerlässlich ist, werden freilich beide Begriffe im engeren Sinne verwendet.

II. Rechtsvergleichende Systematisierung

Die Ubiquitätslehre und das Günstigkeitsprinzip begegnen dem rechtsvergleichenden Betrachter in unterschiedlichen Ausformungen⁶. Auch in Deutschland ist die konkrete Ausgestaltung der alternativen Anknüpfung im Internationalen Deliktsrecht umstritten. Es ist daher notwendig, zunächst beschreibend zu erfassen, welche Ausprägungen insoweit in Betracht kommen.

Der Rechtsvergleich wird im folgenden auf die europäischen Staaten beschränkt, die über eine kodifizierte Form der alternativen Anknüpfung verfügen.

Es sei daher an dieser Stelle lediglich darauf hingewiesen, daß die neuere französische Rechtsprechung Anlaß zu Spekulationen über eine richterrechtliche Rezeption des Günstigkeitsprinzips bieten könnte: In einem Urteil vom 14. Januar 1997 stellt die Cour de Cassation fest, „que la loi applicable à la responsabilité extracontractuelle est celle de l'État du lieu où le fait dommageable s'est produit; que ce lieu s'entend aussi bien de celui du fait générateur du dommage que du lieu de réalisation de ce dernier“⁷. Noch im Jahre 1984 hatte sich das Gericht hingegen für den Erfolgsort

⁵ „Radikale Autonomie“ müßte doch konsequent bedeuten, daß eine begünstigende Methode der Anknüpfung sich letztlich von am Prinzip der engsten Verbindung ausgerichteten – im Sinne *Kegels*: „räumlichen“ – Erwägungen gänzlich emanzipiert. Aber welche Rechtsordnungen sollte man dann in den Günstigkeitsvergleich einbeziehen, welche nicht? Hier muß schon aus Praktikabilitätsgründen zwingend eine *Vorauswahl* erfolgen, die nicht ihrerseits materiell determiniert werden kann und – wie ein Vergleich zwischen dem deutschen und dem italienischen IPR zeigt – unterschiedlich ausfallen mag. Wenn – was ich annehme – *Picone* mit dem Wort „radikale Autonomie“ aber nur deutlich machen will, daß die mit der alternativen Anknüpfung verbundene Begünstigung einer Partei (entgegen *Schröder* aaO) aus dem Prinzip der engsten Verbindung nicht dogmatisch begründet/legitimiert werden kann, ist ihm zuzustimmen. Im übrigen erkennt selbstverständlich auch *Picone* an, daß es verschiedene methodische Möglichkeiten gibt, um rechtspolitische Präferenzen im Kollisionsrecht umzusetzen, vgl. ausführlich *ders.*, Riv. dir. int. 79 (1996) 289, 301 f.

⁶ Einen allgemeinen Überblick über „Legislative Strömungen im internationalen Deliktsrecht“ gibt der so betitelte Beitrag von *Sturm*, FS Gauthier (1996) 359–370.

⁷ Cass. civ. 14. 1. 1997, Sté Gordon Breach Science Publishers et autres / Association The American Institute of physics et autres, D. 1997 jur. 177 mit Anm. *Santa-Croce* = Rev. crit. 86

ausgesprochen: Maßgebend sei „la loi du lieu ou le dommage a été réalisé“⁸. Hierbei handelte es sich zwar strenggenommen um ein obiter dictum⁹. Gleichwohl wurde diese Entscheidung von der herrschenden französischen Lehre als Bestätigung der von ihr favorisierten Anknüpfung an den Erfolgsort aufgefaßt¹⁰. Auch die Interpretation des Urteils von 1997 ist mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, weil eine Wahl zwischen dem Handlungs- oder Erfolgsort strenggenommen nicht erforderlich war: In der Entscheidung von 1997 ging es um einen Schadensersatzanspruch wegen eines unlauteren Verhaltens im Wettbewerb. Ein amerikanischer wissenschaftlicher Verlag hatte Artikel beanstandet, die ein – ebenfalls amerikanischer – Konkurrent in Frankreich verbreitet hatte. Die Vorinstanz hatte eine engere Verbindung des Sachverhalts zum Recht der USA bejaht, weil beide Parteien ihren Sitz in den USA hätten und die Artikel dort verfaßt und erschienen seien; zudem sei die Verbreitung der inkriminierten Zeitschriften in Frankreich auf wissenschaftliche Bibliotheken beschränkt gewesen¹¹. Die Cour de Cassation entschied jedoch, daß aufgrund der Verbreitung der Zeitschriften sowohl der Handlungsort als auch der Erfolgsort in Frankreich lagen¹². Letztlich gab also das Recht des betroffenen Marktes den Ausschlag¹³. Es dürfte daher verfehlt sein, in dem Urteil vom 14. 1. 1997 eine Annäherung der französischen Rechtsprechung an das Günstigkeitsprinzip des deutschen Internationalen Deliktsrechts zu sehen¹⁴.

(1997) 504 mit Anm. *Bischoff* = Droit et Patrimoine 1997 Nr. 1746 (LS) mit Anm. *de Bottini*; das Urteil der Vorinstanz, Cour d'appel de Paris 11. 5. 1994, ist abgedruckt in Clunet 122 (1995) 952 mit Anm. *Edelman*.

⁸ Cass. civ. 8. 2. 1983, Clunet 111 (1984) 123 mit Anm. *Légier*.

⁹ Ein Franzose hatte eine französische Bank verklagt, weil diese fahrlässig ihm abhanden gekommene Wertpapiere an der Madrider Börse veräußert hatte. Den Schadensort siedelte die Cour in Frankreich an, weil dort die Verkauforder gegeben worden sei (zur Anknüpfung an den Verfügungsort im dt. IPR s. § 13 III 2 a). Bei dieser Definition des Erfolgsorts gibt es aber keinen davon separierbaren Handlungsort mehr; ebenso mit Zweifeln an der Tragweite der Entscheidung *Loussouarn/Bourel* d.i.p. Rz. 401 N. 6; *Holleaux/Foyer/Geouffre de La Pradelle* d.i.p. 607 [Tz. 1419].

¹⁰ Vgl. *Légier*, Clunet 111 (1984) 126, 132 f.; *Holleaux/Foyer/Geouffre de La Pradelle* d.i.p. 607 [Tz. 1419]; *Mayer* d.i.p. 448 f.; ebenso bereits *Batiffol/Lagarde* d.i.p. II 246 f. [Tz. 561]; grundsätzlich auch *Loussouarn/Bourel* d.i.p. Rz. 401 unter dem Vorbehalt einer Sonderanknüpfung der Rechtswidrigkeit (hierzu § 7 IX 2 f); für einen stärker einzelfallbezogenen Ansatz *Audit* d.i.p. 159 [Tz. 186].

¹¹ C. A. Paris 11. 5. 1994, Clunet (122) 1995, 952, 953 f.

¹² „[L]e fait générateur constitué par la diffusion des revues que le lieu de réalisation du dommage se situaient en France“, Cass. civ. 14. 1. 1997, D. 1997 jur. 177; zu den sich daraus ergebenden Problemen hinsichtlich der Aussagekraft des Urteils vgl. ausführlich *Bischoff*, Rev. crit. 86 (1997) 505, 510 ff.

¹³ Die in Deutschland herrschende Marktortanknüpfung (s. u. § 10 I 1 a bb) wird auch im französischen Schrifttum zunehmend befürwortet, vgl. *Edelman*, Clunet 122 (1995) 958, 960; *Santa-Croce*, D. 1997 jur. 178. Zur Frage der Anknüpfung konkurrierender deliktischer Ansprüche bei unberechtigter Schutzrechtsverwarnung und Anschwärzung im deutschen IPR s. u. § 13 III 3 b aa.

¹⁴ Auch *Santa-Croce*, D. 1997 jur. 178 zweifelt daran, ob die Cour eine alternative Anknüpfung im Sinn gehabt habe; a. A. *de Bottini*, Anm. zu Droit et Patrimoine 1997 Nr. 1746.

1. Alternative Anknüpfung als Grund- oder Spezialregel

a) Alternative Anknüpfung als Grundregel

Für eine Systematisierung bieten sich unterschiedliche Gesichtspunkte an. Zum einen ist es denkbar, bei der Klassifikation danach vorzugehen, ob die Ubiquitätsregel und das Günstigkeitsprinzip – vorbehaltlich einer Auflockerung des Deliktsstats – als Grundregeln des Internationalen Deliktsrechts gelten oder ob sie nur für spezielle Fallgruppen zu einer grundsätzlich starren Anknüpfung an einen der Tatorte hinzutreten.

Dem ersten Modell folgt das deutsche Recht sowohl *de lege lata* als auch – mit Modifikationen – *de lege ferenda*. Art. 40 I des am 1. 12. 1993 vorgelegten Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Internationalen Privatrechts (außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachen)¹⁵ – im folgenden: RefE 1993 – lautet:

„Ansprüche aus unerlaubter Handlung unterliegen dem Recht des Staates, in dem das der Haftung zugrunde liegende Ereignis eingetreten ist. Der Verletzte kann verlangen, daß anstelle dieses Rechts das Recht des Staates angewandt wird, in dem das geschützte Interesse verletzt worden ist.“

In der Fassung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachen vom 24. August 1998 (Art. 40 I 1 und 2 RegE 1998) wird daraus:

„Ansprüche aus unerlaubter Handlung unterliegen dem Recht des Staates, in dem der Ersatzpflichtige gehandelt hat. Der Verletzte kann verlangen, daß anstelle dieses Rechts das Recht des Staates angewandt wird, in dem der Erfolg eingetreten ist“¹⁶.

Eine inhaltliche Abweichung gegenüber dem RefE 1993 ist damit ersichtlich nicht beabsichtigt. Gleichwohl ist diese terminologische Änderung bedauerlich, weil Art. 40 I 1 in der Fassung des RefE 1993 wesentlich besser dazu geeignet war, Tatbestände der Gefährdungshaftung und Unterlassungsdelikte zu erfassen als in dem nun vorliegenden Entwurf¹⁷. Die naturalistische Fassung des Art. 40 I 1 RegE 1998 erschwert ferner eine sachlich gebotene teleologische Begriffsbildung¹⁸.

Ebenso bestimmt das jugoslawische Gesetz zur Regelung von Gesetzeskollisionen vom 15. 7. 1982 als allgemeine Grundregel in Art. 28 S. 1:

„Bei einer außervertraglichen Schadenshaftung ist [...] das Recht des Ortes maßgebend, an dem die Handlung durchgeführt wurde, oder das Recht des Ortes, an

¹⁵ Abgedruckt bei *Kropholler* IPR 575 ff.

¹⁶ Zu der in Art. 40 I 3 RegE 1998 enthaltenen Präklusionsvorschrift s. u. § 9 III.

¹⁷ S. u. § 10 I 2 (Gefährdungshaftung) und § 10 II (Unterlassungen).

¹⁸ S. u. § 14 IV 6 c.

dem die Folgen der Handlung eingetreten sind, wobei von diesen Rechten dasjenige vorgeht, das für den Geschädigten günstiger ist¹⁹.

Auch § 32 der ungarischen Gesetzesverordnung 13/1979 ist hier einzuordnen²⁰:

„(1) Soweit diese Gesetzesverordnung nichts anderes bestimmt, ist auf die Haftung für einen außervertraglich verursachten Schaden dasjenige Recht anwendbar, das am Ort und zur Zeit der schädigenden Handlung oder Unterlassung gilt.

(2) Ist es für den Verletzten günstiger, so ist das Recht desjenigen Staates maßgeblich, auf dessen Gebiet der Schaden eingetreten ist.“

Schließlich sieht das tschechoslowakische Gesetz Nr. 97/1963 über das Internationale Privatrecht vom 4. Dezember 1963 eine alternative Anknüpfung als Grundregel vor²¹.

„Ansprüche auf Schadensersatz, soweit sie nicht aus Störungen vertraglicher Leistungspflichten oder aus Pflichtverletzungen anderer Rechtsgeschäfte hervorgehen, richten sich nach dem Recht des Ortes, wo der Schaden entstanden ist, oder des Ortes, wo es zu dem Tatbestand gekommen ist, der den Schadensersatzanspruch begründet.“

Dies ist wohl nicht als Ausdruck des Günstigkeitsprinzips zu verstehen; vielmehr soll, so wird berichtet, der Richter die Wahl zwischen beiden Rechtsordnungen unter Berücksichtigung aller Umstände treffen²².

Eine Sonderstellung nimmt auch das portugiesische IPR ein, das eine Grundsatzanknüpfung an den Handlungsort mit einer subsidiären Anknüpfung an den vorhersehbaren Erfolgsort kombiniert, wenn der Täter nicht nach dem Recht des Handlungsortes, wohl aber nach dem Recht des Erfolgsortes haftbar ist²³.

b) Alternative Anknüpfung als Spezialregel

Den zweiten Ansatz verwirklicht das schweizerische IPRG vom 18. 12. 1987 (CH-IPRG)²⁴: Grundsätzlich gilt bei Distanzdelikten allein das Recht des vorhersehbaren Erfolgsortes (Art. 133 II 2 CH-IPRG); alternative Anknüpfungen gelten jedoch für Produktemängel (Art. 135 I CH-IPRG), Immissionen (Art. 138 CH-IPRG) und Persönlichkeitsverletzungen (Art. 139 I CH-IPRG).

¹⁹ IPRax 1983, 6; ferner *Staudinger/von Hoffmann* Art. 38 EGBGB Rz. 87; das jugoslawische Gesetz gilt auch nach dem Zerfall des alten Bundesstaates in den Nachfolgestaaten weiter: LG Rottweil 3. 2. 1995, NJW-RR 1995, 967 = IPRspr. 1995 Nr. 109.

²⁰ *Riering* Nr. 12.

²¹ *Riering* Nr. 10, ferner bei *Staudinger/von Hoffmann* Art. 38 EGBGB Rz. 85; das Gesetz gilt sowohl in der tschechischen als auch in der slowakischen Republik fort, s. *Riering* S. 268 Anm.*.

²² Vgl. *Staudinger/von Hoffmann* Art. 38 EGBGB Rz. 85.

²³ Art. 45 I, II des portugiesischen ZGB vom 25. 11. 1966, *Riering* Nr. 6.

²⁴ Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. 12. 1987, Systematische Sammlung des Bundesrechts 291 = *Riering* Nr. 8.

Sachregister

- Angleichung** s. Anpassung
- Anknüpfung, akzessorische** 1, 3, 15, 95, 143, 157, 166, 171, 195, 218, 220, 250, 261 f., 284, 301–304, 313, 434
CH 155, 358 f.
- an anfechtbares/nichtiges Rechtsverhältnis 358–360
CH 358 f.
 - Vermögensschäden 351–353, 358–366, 374–376
 - Wettbewerbsrecht 374
- Anknüpfung, alternative**, Begriff 13 f., 228 f., 231
- Grundregel in Kodifikation 8–12
Est. 12; I. 12; Jug. 9 f.; P. 10; Slow. 10; Tschech. 10; Ung. 9 f.
 - Formfragen 89 f., 122
 - Funktion, antimanipulative s. Gesetzesumgehung
 - kompensatorische 97, 105–109
 - optimierende 97, 105, 109–119, 436
 - Pönalisierung 97, 119–121
 - rechtsfortbildende 68 f., 117–119, 399 f.
 - Kindschaftsrecht 71 f., 84, 87, 125, 172, 234
 - Produktbenutzer 416 f., 419–421, 433
 - Rückverweisung 167 f., 170–180
 - Spezialregel in Kodifikation 10–12
CH 10 f.; Est. 12; I. 12; Rum. 11
 - Strafrecht, Internationales 43 f., 47, 49–55
 - Völkerrecht 46–49, 90, 93
- Anknüpfung, fakultative** 13 f., 229 f., 237, 254, 261, 267
- Anknüpfung, flexible** 6–21, 130 f., 144, 400, 434
I. 130
- durch Erweiterung des Handlungsortes 284
s. a. Auflockerung des Deliktsstatuts; Ausweichklausel; Prinzip der engsten Verbindung
- Anknüpfung, kumulative** 93 f., 97 f., 224, 297
GB 18, 26, 102, 115 f., 224, 297
- Anknüpfungsmomente, personale** 15, 141 f., 283 f., 334 f., 394, 412 f., 419–421
- Zurechnung fremder 141 f., 419–421, 440 f.
- Anpassung** 72, 210, 216
- Anschwärzung** 369–373, 439
- Anwaltshaftung** 61 f., 238
- Aufenthalt, gemeinsamer gewöhnlicher** 1, 3, 77, 95 f., 99, 119, 129, 134, 166, 250, 261 f., 286, 291 f., 412, 434
B. 291 f.
- Aufklärungs- u. Hinweispflicht des Gerichts** 167, 239, 244, 246–249, 251, 255–257, 259 f., 266–268, 437 f.
- Auflockerung des Deliktsstatuts** 1, 3 f., 22 f., 27, 38, 95 f., 131, 143–152, 162, 171, 250, 284, 287, 313, 334 f., 379 f., 394, 412, 434
- Ausweichklausel** CH 147–149; GB 18–20, 183; Ö. 15–17, 138 f., 160
- geltendes Recht 3 f., 130 f., 143–152, 318, 320, 325, 334, 346, 376, 422 f.
 - Reformentwürfe 3 f., 130 f., 138 f., 143–152, 166 f., 180, 282, 286, 313, 318, 320, 325, 334, 341 f., 346, 375 f., 397 f., 422 f.
 - Verhältnis zum Günstigkeitsprinzip 3 f., 130 f., 138 f., 143–152, 399 f.
CH 147–149
s. a. Rechtsfortbildung
- Belgien**, Aufenthalt, gemeinsamer gewöhnlicher 291 f.
- Betrug** 127, 140, 343–350, 353–367, 375 f., 439
- better law approach** 6 f., 78–87, 156, 231 f.
- Beweisnot** s. Konkurrenz mehrerer möglicher Tatorte
- des Geschädigten bei der Produkthaftung 111 f., 440
- Börsentermingeschäfte** 90, 148–150, 278–282, 344
s. a. Vermögensschäden, churning; ~, Wertpapierhandel
- Briefdelikte** 40 f., 119, 269–278
- E-mail 270 f.
 - Remailing 272, 278
- bystander** s. Produkthaftung, Internationale, bystander

charakteristische Leistung 362–366, 375 f.
culpa in contrahendo s. Verschulden bei Vertragsschluß

dépeçage 217, 224–228, 311, 334

„**Doppelfunktionalität**“ des **Deliktsrechts** 97–102, 139, 171, 173 f., 272, 329, 4356

Ehrenschutz s. Persönlichkeitsrechtsverletzung

Eingriffsnormen 25, 108 f., 384

Einheit der Rechtsordnung 27, 35–37, 70, 101

Entscheidungseinklang, internationaler 2, 26, 68, 108, 169 f., 179, 309

Entwicklungsländer 124, 128, 395

Erbrecht 164 f.

Erfolgsort, Anknüpfung über Ausweich-
 klausel Ö. 15–17, 132, 138, 437

– Betrug 343–350, 353–367, 375 f.

– „Doppelnatur“ 134 f., 270 f.

– Gefährdungshaftung 210–213, 287–289

– Vorhersehbarkeit 210–213, 287–289
 – Gleichwertigkeit mit Handlungsort 12 f., 136 f., 297, 438

CH 12 f.; Est. 13; I. 13; Jug. 12; Rum. 12 f.; Ung. 12

– Grundregel 131–139, 141 f., 437–439

CH 10, 142, 283, 397, 437; GB 18; I. 12, 142, 397, 437; Rum. 11

– Persönlichkeitsrechtsverletzung 138, 149, 151, 315–319, 323–342

– Produkthaftung 128, 166, 378, 380, 396–407, 412–433, 440 f.

– Rückverweisung 166 f.

– Schadensort, Abgrenzung vom ~ 306–314, 325, 343–376, 409 f.

CH 307; GB 18, 307; I. 307; Ö. 16

– Ansprüche Hinterbliebener 306–311, 409

– *dommage moral* 309–311

– Schockschäden 309–311

– zeitlich gestreckte Rechtsgutsverletzungen 311–314

– Völkerrecht 47–49, 306

– Vorhersehbarkeit 134, 181–221, 308 f., 312–314, 316, 346, 348, 353 f., 356, 440
 CH 117 f., 182 f.; GB 183; I. 183; Ö. 16 f., 183; P. 182; Pe. 182

Ermittlung ausländischen Rechts 118, 222 f., 228, 256, 261 f., 267

CH 223; I. 223, 239; Ö. 223

s. a. Ermittlung des günstigeren Rechts; Privatgutachten

Ermittlung des günstigeren Rechts 13 f., 80–85, 110, 118, 222–268, 437 f.

CH 225 f., 237, 239–242; I. 225

– Begriff des günstigeren Rechts 80–85, 223

– *de lege lata* 13 f., 80–85, 222–251

– Grundurteil 82

– Klagehäufung 225–228

– Massenverfahren 231 f.

– nach RefE 1984 252 f.

– nach RefE 1993 227, 241, 253–268, 437 f.

– nach RegE 1998 227, 241, 266–268, 437 f.

s. a. *dépeçage*; Konkurrenz, elektive; Wahlrecht des Geschädigten

Erwartungen, berechnete, des Geschädigten 131–139, 190–194, 206–209, 291, 347, 350, 353, 388, 393, 412–421

– des Schädigers 190–194, 206–209

s. a. Erwartungssicherung; Vertrauensschutz; Vorhersehbarkeit

Erwartungssicherung, als Funktion des Rechts 31–37, 135 f., 190–194

– kompensatorische 34, 37, 131 f., 435

– überkompensatorische 34–37, 54 f., 131 f., 139–141, 340, 435 f.

s. a. Vertrauensschutz; Vorhersehbarkeit

Erwerbssort s. Marktort

Estland, Anknüpfung, alternative, als Grundregel 12

– Gleichwertigkeit von Handlungs- und Erfolgsort 13

– Handlungsort als Grundregel 13

– Produkthaftung 12, 407

Europarecht, Diskriminierungsverbot 150, 423–433, 440 f.

– Produkthaftung 112 f., 384, 423–433, 440 f.

– EU-Entwurf („Rom II“) 2 f., 17

favor laesi, als Begründung des Günstigkeitsprinzips 3, 45 f., 67, 74 f., 97, 125 f., 146–148, 150, 169–177, 179 f., 231, 273, 431, 435

CH 147–149

– im IZVR 57–62, 74 f.

– als Zweifelssatz 66

favor negotii 89 f., 122

forum shopping 56 f., 59–62, 74 f.

- Frankreich**, Haftungsrecht 81 f., 232, 237, 306, 377
- Internationales 7 f.
 - zwingender Charakter 232
 - Produkthaftung 377
 - Wettbewerbsrecht, Marktort 8
- Gefährdungshaftung** 4, 29 f., 98, 105–109, 200 f., 204, 210–213, 260, 286–289, 383 f., 427
- Auswirkung auf Kollisionsrecht 4, 105–109
 - Erfolgsort 210–213, 287–289
 - Vorhersehbarkeit 210–213, 287–289
 - Handlungsort 138, 204, 286–289, 383 f., 396
 - Kfz-Halterhaftung 204, 213, 289, 384
 - Tierhalterhaftung 200 f., 213, 289, 384 s. a. Produkthaftung
- Generalprävention** 34, 36, 54 f., 100 f., 107, 136, 395, 436
- im Internationalen Strafrecht 54 f., 100 f., 136, 436
- Gerechtigkeit**, ausgleichende 29, 31
- im Sinne *Luhmanns* 24, 86
 - kollisionsrechtliche 22, 75–78
 - Kritik 75–78
 - verteilende 29 f., 31
- Gesamtverweisung** s. Rückverweisung
- Gesellschaftsrecht**, Internationales 124, 385
- Gesetzesumgehung** 53, 97, 121–128, 140, 281, 356, 385 f.
- Presserecht 127, 140
 - Produkthaftung 127 f., 385 f.
 - Strafrecht, Internationales 53
 - Umweltschäden 121–127, 140
 - Vermögensschäden 127, 140, 356
- Gleichlauf** 45 f., 129 f., 137 f., 167, 236, 254, 346, 391–393, 394 f., 411, 432
- „**Grenzdelikt**“ 118, 122 f., 182 f.
- Großbritannien**, Ausweichklausel 18–20, 183
- double rule 18, 26, 102, 115 f., 224, 297
 - Erfolgsort, als Grundregel 18
 - Abgrenzung vom Schadensort 18, 307
 - Vorhersehbarkeit 183
 - Persönlichkeitsrechtsverletzungen 115 f.
 - Pressefreiheit 115 f.
 - Reform des Internationalen Deliktsrechts 2, 18–20, 115 f.
 - Rückverweisung 155, 180
 - Verleitung zum Vertragsbruch 20
- grouping of contacts** 22, 298 f., 336 f., 341, 379, 410 f., 439
- Günstigkeitsprinzip**, Aushilfsfunktion, kollisionsrechtliche 141 f., 339–342, 374 f., 396, 419–421, 439–441
- materiellrechtliche 139–142, 281, 436, 441
 - Begriff 6 f.
 - Einschränkungen 143–221
 - Funktion s. Anknüpfung, alternative, Funktion
 - Funktionswandel 4, 14 f., 284, 400
 - Rechtsnatur 64–66, 168–170
 - Rückverweisung 164–180
 - Stichentscheid 66–71, 129 f., 146, 149 f., 170, 173
 - Verhältnis zum Prinzip der engsten Verbindung 3 f., 63–88, 130 f., 138 f., 143–152, 176, 386 CH 147–149
 - Verlegenheitslösung 68, 149 f., 170, 173, 175
 - Vorsatztaten 44 f., 97, 119–121, 123, 199, 281 s. a. Anknüpfung, alternative; Ausweichklausel, Verhältnis zum Günstigkeitsprinzip; better law approach; favor laesi; Wahlrecht des Geschädigten
- Haftungsrecht**, materielles F. 81 f., 232, 237, 306, 377; US 36, 85 f., 107, 428
- Funktion(en) 28–37, 70, 97–104, 131–133, 215
 - Kompensation 27–37, 97–104, 215
 - Prävention 27–37, 97–102, 132, 139 f., 190–194, 215 f.
 - Proportionalitätsprinzip Ö. 120
 - Schuldprinzip 137
 - Totalreparation 120, 216
 - verfassungsrechtliche Vorgaben 70 f.
 - zwingender Charakter 232 F. 232
- Handlungsort**, Anstifter 282–285, 389 CH 283
- Bestimmung allgemein 269–305, 438
 - Gefährdungshaftung 138, 204, 286–289, 383 f., 396
 - Gehilfe 282–285, 389 CH 283
 - Gleichwertigkeit mit Erfolgsort 12 f., 136 f., 297 CH 12 f.; Est. 13; I. 13; Jug. 12; Rum. 12 f.; Ung. 12

- Grundregel 13, 132, 138 f.
Est. 13; Lie. 16; Ö. 16
- Mittäter 148–152, 278–282, 389
CH 279
- mittelbarer Täter 283, 353, 356
- Persönlichkeitsrechtsverletzungen 149,
276 f., 281, 319, 321–324, 326, 330–342,
395 f.
- Produkthaftung 98, 108 f., 276, 378–396,
422 f., 440
- ~recht als Auffangstatut 141 f., 338–342,
374 f., 396, 441
- Rückverweisung 166 f.
- Unterlassungsdelikte 138, 289–304, 390,
438
CH 293–299
- Verrichtungsgehilfe 286 f.
- Verschuldenshaftung 269–287
- Völkerrecht 46–49
- Vorbereitungshandlungen 269 f., 273–
278, 282, 285 f., 319
- Heimwärtsstreben** 45 f., 73, 129 f., 156,
169, 247
- Interessenjurisprudenz**, im Sinne *Flessners*
74–76
 - im Sinne *Kegels* 69–71, 74 f., 186 f.
- Internet** 181, 184 f., 270 f.
- Italien**, Anknüpfung, alternative, als Grund-
regel 12
 - flexible 130 f.
 - Erfolgsort, Abgrenzung vom Schadensort
307
 - Gleichwertigkeit mit Handlungsort 13
 - Grundregel 11 f., 142, 397, 437
 - Vorhersehbarkeit 183
 - Ermittlung, ausländischen Rechts 223,
239
 - des günstigeren Rechts 225
 - Produkthaftung 12, 109 f., 183, 239–242,
385, 387, 397 f., 410, 414 f., 422
 - Benutzer 414 f.
 - bystander 414 f.
 - Erwerber, Begriff 414 f.
 - Herstellungsort 385, 387
 - Marktort 387, 397, 414 f.
 - Vorhersehbarkeit 109 f., 183, 422
 - Rechtswahl, stillschweigende 239
 - Rückverweisung 155, 180
 - Wahlrecht des Geschädigten 225, 237,
239–242, 259
 - Nichtausübung 239–242
 - Rechtsnatur 259
- Jugoslawien**, Anknüpfung, alternative, als
Grundregel 9
 - Gleichwertigkeit von Erfolgs- und Hand-
lungsort 12
- Kollisionen**, Flugzeuge 186
 - Schiffe 186
- Kollisionsrecht** US 156
 - fakultatives 77 f., 222 f., 230, 244, 247
 - „klassisches“ 23–28, 69 f., 71, 73–78,
122, 162, 170–172, 379 f., 429, 434 f.,
441
 - Koordinationsfunktion 24–28, 73 f.,
87 f., 435
 - Kritik 73–78
 - intertemporales 207 f.
 - Materialisierung 6, 63, 67, 71, 73–88,
379 f.
 - Verhältnis zum IZVR 43 f., 55–57, 74 f.,
106 f., 338, 395
 - Verhältnis zum Sachrecht 4, 23–28, 63,
73–88, 110, 171 f., 193 f., 214, 435 f.,
442
- Kompensation**, als Zweck des Haftungs-
rechts 27–37, 97–104, 131–133, 215
- Konkurrenz**, elektive 92, 224, 257 f.
 - mehrerer Erfolgsorte s. Streudelikte
 - mehrerer Handlungsorte 272–286
 - mehrerer internationaler Zuständigkeiten
89–92
 - mehrerer möglicher Tatorte 91 f.
- Konkurrenzdelikte** 344, 346, 374
- lex fori** s. Gleichlauf; Heimwärtsstreben
- Liechtenstein**, Reform des Internationalen
Deliktsrechts 15–17
 - Produkthaftung 410
s. a. Österreich
- Marktort**, Produkthaftung 108 f., 166, 378,
380 f., 387–407, 411–423
 - CH 387, 397, 414 f.; I. 387, 397, 414 f.
 - Vorhersehbarkeit 94 f., 197 f., 201,
213 f., 408, 412
CH 182, 422; I. 109 f., 183, 422
 - Wettbewerbsrecht 275, 368–376
F. 8
- Ökonomische Analyse des Zivilrechts** 32,
211 f.
- Ordnungsinteresse** s. Interessenjurispru-
denz im Sinne *Kegels*

- ordre public** 27, 36, 72 f., 97, 102, 104, 109, 122 f., 141, 199, 210, 216, 328 f., 343, 408, 424
- Österreich**, Ausweichklausel 15–17, 138 f., 160
- Bedenken gegen Günstigkeitsprinzip 80 f., 83 f.
 - Erfolgsort 15–17, 132, 138, 437
 - Abgrenzung vom Schadensort 16
 - Vorhersehbarkeit 16 f., 183
 - Ermittlung ausländischen Rechts 223
 - Handlungsort, Gründe für Bevorzugung 16 f.
 - Produkthaftung 377, 383 f., 410
 - Proportionalitätsprinzip 120
 - Reform des Internationalen Deliktsrechts 15–17
 - Rückverweisung 155
 - Verbraucherschutz 166
- Parteiautonomie**, als Basis des Vertrauensprinzips 194–196, 200 f.
s. a. Anknüpfung, fakultative; Rechtswahl
- Parteiinteresse** s. Interessenjurisprudenz im Sinne *Kegels*
- Parteiwille** s. Rechtswahl
- Persönlichkeitsrecht**, **Allgemeines**, Rechtsnatur 101, 114 f., 215 f., 324, 326 f., 340, 368
- Persönlichkeitsrechtsverletzung** 16, 102 f., 114–116, 131 f., 138, 144, 151, 181, 201, 210 f., 215, 315–342, 440
CH 11–13, 115 f., 240–242; GB 115 f.; Rum. 11–13, 115 f.
- Aufenthalt, gewöhnlicher, des Verletzten 326–330, 334–336
 - Ehestörung 319 f.
 - Erfolgsort 138, 149, 151, 315–319, 323–342
 - Vorhersehbarkeit 181, 201, 210 f., 215, 218–220, 316
 - Gegendarstellung 316
 - Handlungsort 149, 276 f., 281, 319, 321–324, 326, 330–342, 395 f.
 - Mosaikbeurteilung 57–62, 131, 141 f., 321–326, 330 f., 333–342, 439
 - Prävention 30, 34–37, 120 f.
 - Privat- und Intimsphäre 316–319
 - Qualifikation 315 f.
 - Recht am eigenen Bild 276 f., 281, 318 f.
 - Statutenwechsel 318 f., 332
 - Verbreitungsort 210, 218–220, 323–326
 - Vorfrage 316 f.
- Peru**, Erfolgsort, Vorhersehbarkeit 182
- Portugal**, Anknüpfung, alternative 10
– Erfolgsort, Vorhersehbarkeit 182
- Präklusion** s. Wahlrecht des Geschädigten
- Pressefreiheit** 114–116, 140 f., 316, 328 f., 439
GB 115 f.
- Prinzip der engsten Verbindung** CH 22; Ö. 22
- Durchbrechung 67, 71–73, 87 f., 126, 434 f.
 - Geltung de lege lata 22, 434
 - im IZVR 57–62
 - Kodifikation 23
 - Materialisierung 67, 73–88
 - Mehrzahl von Geschädigten 210, 334, 394, 412 f.
 - Mehrzahl von Schädigern 282 f.
 - proper law approach 17, 22
 - Rückverweisung 159–163, 166 f., 177–179
 - subjektiv-lokalisatorisches Element 182 f., 209 f., 213 f., 436
 - Verhältnis zum Günstigkeitsprinzip 3 f., 63–88, 130 f., 138 f., 143–152, 176, 386, 435–438
 - Versagen 66–71, 434 f.
s. a. Ausweichklausel; grouping of contacts
- Prinzip der hinreichend engen Verbindung** 73, 148, 151, 179, 273, 355
- Privatgutachten**, **Kostenerstattung** 13, 107, 118, 234 f., 248 f., 262–266, 268
- Produkthaftung**, **Internationale** 4, 69, 103 f., 108–114, 127 f., 131, 141, 152, 166, 190, 238, 377–433, 437, 439–441
CH 11–13, 115 f., 182, 240–242, 385, 387, 397 f., 410 f., 414 f., 422; Est. 12, 407; I. 12, 109 f., 183, 239–242, 385, 387, 397 f., 410, 414 f., 422; Lie. 410; Ö. 377, 383 f., 410; Rum. 11–13, 407
- Aufenthalt, gewöhnlicher, des Geschädigten 379, 407–411
CH 411; Est. 407; Rum. 407
 - Benutzer 141, 412–423, 433, 440
CH 414 f.; I. 414 f.
 - bystander 95, 398, 412–423, 433, 440
CH 414 f.; I. 414 f.
 - Erfolgsort 128, 166, 378, 380, 396–407, 412–433, 440
 - Vorhersehbarkeit 215, 401
 - Erwerber, Begriff 413–415, 417 f., 422
CH 414 f.; I. 414 f.

- nahestehende Personen 141, 415–421, 433, 440
- Europarecht 112 f., 384, 423–433, 440 f.
- Flugzeuge 394 f.
- Handlungsort 98, 108 f., 276, 378–396, 422 f.
- Herstellungsort 98, 108 f., 127 f., 166, 378–383, 385 f., 392–396, 423–433
CH 385, 387; I. 385, 387
- Marktort 108 f., 166, 378, 380 f., 387–407, 411–433
CH 387, 397, 414 f.; I. 387, 397, 414 f.
- Vorhersehbarkeit 94 f., 197 f., 201, 213 f., 408, 412, 421 f.
CH 182, 422; I. 109 f., 183, 422
- Ort des Inverkehrbringens 386–388
- Produktsicherheitsrecht 387 f., 391–393, 402, 408, 432
- Strafrecht 128
- Versicherung 113 f., 181, 193, 205 f.
- Produkthaftung, materielle** 108–114, 383 f., 403 f., 430, 440
F. 377; Ö. 377
- Prävention 30, 35, 37
- Versicherung 113 f.
- Prozesskostenhilfe** 107
- Prozessökonomie** 227, 232–238, 251, 254 f., 266, 339
- punitive damages** US 36, 85 f., 107, 428
- Qualifikation** 72, 210, 275 f., 280, 284 f., 288–290, 292, 306, 315 f., 370, 377 f., 412
- Recht am Gewerbebetrieb** 81, 101, 346, 367–376, 439
- Rechtsfortbildung**, durch die Ausweisklausel 139, 161, 180, 399 f., 422 f.
- durch das Günstigkeitsprinzip 68 f., 117–119, 399 f.
- Rechtsgefälle** 107–109, 118 f., 121–128, 140, 395, 406
- Rechtsgüterschutz** 31–37, 97–102, 132 f.
s. a. Erwartungssicherung
- Rechtssicherheit** 82, 90, 123, 125, 150, 179, 186 f., 198 f., 201, 210, 216, 353 f.
- im IZVR 62
s. a. Vertrauensschutz; Vorhersehbarkeit
- Rechtsvereinheitlichung** 2 f., 107 f., 118 f.
- Rechtswahl**, kollisionsrechtliche 92, 226 f., 232, 374
- materiellrechtliche 92, 226 f.
- nachträgliche 149, 230, 235, 250, 280, 346
- Rückverweisung 157, 164–168, 242, 250
- stillschweigende 149, 229 f., 235, 238 f., 242 f., 246 f., 250 f., 254, 259, 266
CH 241 f.; I. 239
- teilweise s. dépeçage
s. a. Wahlrecht des Geschädigten
- règle d'application immédiate** 65 f.
- Renvoi** s. Rückverweisung
- Revisibilität ausländischen Rechts** 233 f., 236, 384 f.
- Rückverweisung** 72, 153–180, 199, 296, 435
CH 155, 180; GB 155, 180; I. 155, 180; Ö. 155
- Alternativanknüpfungen (allgemein) 167 f., 171–176
- engste Verbindung 159–163, 166 f., 177–179
- Erfolgsort 166 f.
- Günstigkeitsprinzip 164–180, 435
- Handlungsort 166 f.
- Internationales Deliktsrecht (allgemein) 154–164
- Rechtswahl 157, 164–168, 242, 250
- Ubiquitätsregel 164–180
- Verbraucherschutz Ö. 166
- Rumänien**, Anknüpfung, alternative, als Spezialregel 11
- Erfolgsort als Grundregel 11
- Gleichwertigkeit von Handlungs- und Erfolgsort 12 f.
- Persönlichkeitsrechtsverletzung 11–13, 115 f.
- Produkthaftung 11–13, 407
- Reform des Internationalen Deliktsrechts 2, 11–13
- Sonderanknüpfung verhaltenslenkender Vorschriften 99
- Sachenrecht, Internationales**, lex rei sitae 135, 222, 302
- Rückverweisung 156 f., 178 f.
- Sachnormen im IPR** 65 f., 169
- Sachnormverweisung** s. Rückverweisung
- Schadensort**, Abgrenzung vom Erfolgsort 306–314, 325, 343–376, 409 f.
CH 307; GB 18, 307; I. 307; Ö. 16
- Ansprüche Hinterbliebener 306–312, 409
- dommage moral 309–311
- Schockschäden 309–311

- zeitlich gestreckte Rechtsgutsverletzungen 311–314
- Schmerzensgeld** 30, 35, 120 f., 215–217, 225–228, 260, 309–311, 333, 392
CH 311
- Anknüpfung 309–311
- Bemessung 311, 333
CH 311
- Funktion 30, 35, 120 f., 215–217
- Schutz des Schwächeren** 105–109, 235
s. a. favor laesi; Kompensation; Verbraucherschutz
- Schutzrechtsverwarnung** 369–373, 439
- Schweiz**, akzessorische Anknüpfung 155, 358 f.
- an anfechtbares/nichtiges Rechtsverhältnis 358 f.
- alternative Anknüpfung, in heutiger Kodifikation 10 f.
- vor der Reform 49
- Ausweichklausel 147–149
- Verhältnis zum Günstigkeitsprinzip 147–149
- Erfolgsort, Abgrenzung vom Schadensort 307
- Gleichwertigkeit mit Handlungsort 12 f.
- Grundregel 10, 142, 283, 397, 437
- Vorhersehbarkeit 117 f., 182 f., 209
- Ermittlung, ausländischen Rechts 223
- des günstigeren Rechts 225 f., 237, 239–242
- favor laesi 147 f.
- Handlungsort, Anstifter 283
- Hilfe 283
- Mittäter 279
- Unterlassungsdelikte 293–299
- Persönlichkeitsrechtsverletzung 11–13, 115 f., 240–242
- Produkthaftung 11–13, 115 f., 182, 240–242, 385, 387, 397 f., 410 f., 414 f., 422
- Aufenthalt, gewöhnlicher, des Geschädigten 411
- Benutzer 414 f.
- bystander 414 f.
- Erwerber, Begriff 414 f.
- Herstellungsort 385
- Marktort 387, 397, 414 f.
- Vorhersehbarkeit des Marktortes 182, 422
- Rechtswahl, stillschweigende 241 f.
- Rückverweisung 155, 180
- Schmerzensgeld, Bemessung 311 f.
- Strafrecht, Internationales 49
- Umweltschutz, grenzüberschreitender 11, 117 f., 125, 182 f., 240–242
- Unterlassungsdelikte 293–299
- Verhältnis zwischen Günstigkeitsprinzip und Ausweichklausel 147–149
- Verschulden bei Vertragsschluß 293 f.
- Wahlrecht des Geschädigten 225 f., 237
- Bindungswirkung 226
- Nichtausübung 239–242
- Rechtsnatur 259
- sittenwidrige Schädigung** 343–350, 361, 367–376
- Slowakei**, alternative Anknüpfung 10
- Sonderanknüpfung**, der Rechtswidrigkeit 217
- von Verhaltens- und Sicherheitsvorschriften 16 f., 99, 158 f., 215 f.
Rum. 99
- Staatsangehörigkeit, als Anknüpfungsmoment** 144, 150
- Staatsinteressen** 93, 133 f.
- Statuentheorie** 25
- Steuerrecht, Internationales** 93, 349
- Strafprozeßrecht** 43 f.
- Strafrecht, Internationales** 43 f., 47, 49–55, 99–101, 136, 281, 298, 327, 351, 436
CH 49
- actio libera in causa 202–204
- Einheitstheorie 52, 99
- Produkthaftung 128
- Schuldprinzip 49
- Schutzprinzip 52
- Trunkenheitsfahrt 202–204
- Ubiquitätslehre 43 f., 47, 49–55
- Umweltschutz 125
- Vorhersehbarkeit des Erfolgsortes 183–186, 213, 216
- Strafrecht, materielles** 34, 36, 100 f., 284 f., 354
- Streudelikte** 102, 131, 138, 141 f., 220, 231 f., 320–342, 363, 366, 396 f.
s. a. Persönlichkeitsrechtsverletzung; Vermögensschäden
- Südafrika**, Verschulden bei Vertragsschluß 296
- Sympathie für den Geschädigten** 3, 69–71, 97, 103, 125, 142, 435
s. a. favor laesi
- Tatortregel**, Legitimation 27 f., 38 f., 435
- Rechtsquelle 1

- Subsidiarität 144–146, 162 f.
s. a. Auflockerung des Deliktsstatuts
- Tschechien**, alternative Anknüpfung 10
- Ubiquitätslehre**, „klassische“ 89–94
- Ubiquitätsregel**, Begriff 6 f.
- Umweltschutz, grenzüberschreitender** 4,
42 f., 94 f., 103 f., 116–119, 121–127,
140, 182 f., 225–228, 341, 436, 441
CH 11, 117 f., 125, 182 f., 240–242
- Genehmigung, Berücksichtigung 126 f.,
140, 225–228
- „Kleinblittersdorf“ 81 f., 168–170, 226,
233, 237
- „Lindau“ 81, 237
- „Reinwater“ 57–62
- Strafrecht, Internationales 125
- Ungarn**, alternative Anknüpfung als Grund-
regel 9 f.
- Gleichwertigkeit von Handlungs- und Er-
folgsort 12
- Ungleichbehandlung**, Distanzgeschädigter
und Inlandsgeschädigter 3, 100, 340 f.,
404
- Distanzgeschädigter und Opfer eines
Platzdelikts 3, 63 f., 100, 261 f.
- Distanztäter und Täter eines Platzdelikts
119, 209 f.
- Schädiger und Geschädigter 3, 93 f., 100,
220, 248 f., 294, 349 f.
s. a. Europarecht, Diskriminierungsverbot
- Unterlassungsdelikte** 138, 289–304, 390,
438
CH 293–299
- Untreue** 350–353, 360, 375 f., 439
- Verbraucherschutz** 104, 235, 353, 357,
360, 377, 403–407, 409 f., 412, 429
- Rückverweisung Ö. 166
s. a. Produkthaftung
- Vereinigte Staaten von Amerika**, forum
non conveniens 394 f.
- Kollisionsrecht 156
- materielles Haftungsrecht 36, 85 f., 107,
428
- punitive damages 36, 85 f., 107, 428
- Verfassungsrecht** 70–72, 103 f., 112, 114,
116, 125 f., 175, 199, 206–209, 246–248,
251, 316 f., 328 f., 399
- Verhaltenssteuerung**, Funktion, des ma-
teriellen Haftungsrechts 27–37, 97–102,
132, 139 f., 190–194, 215 f., 435
– – des Rechts allgemein 31–33
- durch das Günstigkeitsprinzip 121–128,
139–142, 341, 435 f.
- Produkthaftung 387 f., 401 f.
- Sonderanknüpfung verhaltenslenkender
Normen 16 f., 99, 158 f., 215 f.
Rum. 99
- Verkehrsinteresse** s. Interessenjurisprudenz
im Sinne *Kegels*; Vertrauensschutz;
Vorhersehbarkeit
- Verleitung zum Vertragsbruch** 373 f.
GB 20
- Verlöhnisbruch** 345, 361, 364–366
- Vermögensschäden** 16, 41 f., 94 f., 138,
151, 283, 327, 343–376, 439
GB 18, 20
- Anknüpfung, akzessorische 351–353,
358–366, 374–376, 439
- Betrug 127, 140, 343–350, 353–367,
375 f., 439
- churning 352 f., 359 f., 374
- Hinterbliebener 306–309, 409
- Konkursdelikte 344, 346, 374
- Mosaikbeurteilung 363, 366, 375 f., 439
- Recht am Gewerbebetrieb 81, 101, 346,
367–376, 439
- sittenwidrige Schädigung 343–350, 361,
367–376
- Untreue 350–353, 360, 375 f., 439
- Verleitung zum Vertragsbruch 373 f., 439
GB 20
- Wertpapierhandel 360 f.
s. a. Börsentermingeschäfte
- Verschulden bei Vertragsschluß** 236,
293 f., 364
CH 293 f.
RSA 296
- Versicherung** 135 f., 192 f.
- Kranken- und Sozialversicherung, Aus-
wirkung auf Deliktsrecht 37
US 85 f.
- Produkthaftung 113 f., 181, 193, 205 f.
- Vertrauensschutz** 4, 38 f., 87, 89, 94–96,
218–220, 353
- Begriff 186–190
- formaler 188–190, 194
- materieller 188–190, 194
- Rechtsstaatsprinzip 206–209
- Zivilverfahrensrecht, Internationales 207,
214, 219
s. a. Erwartungssicherung; Rechtssicher-
heit; Vorhersehbarkeit
- Völkerrecht**, alternative Anknüpfung 46–
49, 90, 93, 306

- Umweltschutz 124 f.
- Vorhersehbarkeit des Erfolgsortes 183–186
- Vorhersehbarkeit**, anwendbares Recht 38 f., 64, 95 f., 158 f., 437
- des Erfolgsortes 134, 181–221, 308 f., 312–314, 316, 346, 348, 353 f., 356, 401, 436 f.
- CH 117 f., 182 f., 209; GB 183; I. 183; Ö. 16 f., 183; P. 182; Pe. 182
- Gefährdungshaftung 204, 210–213, 286–289
- im IZVR 207, 214, 219 f.
- Kodifikation 221
- Persönlichkeitsrechtsverletzungen 181, 201, 210 f., 215, 218–220, 316
- Produkthaftung, Marktort 94 f., 197 f., 201, 213 f., 408, 412, 421 f.
- CH 182, 422; I. 109 f., 183, 422
- Schwarzfahrt 181, 204
- Verrichtungshilfe 287
- Wahlrecht des Geschädigten** 138, 225–268, 437 f.
- CH 225 f., 237, 239–242; I. 225, 237, 239–242
- Anfechtung 259
- Bindungswirkung der Rechtswahl 226–228, 250, 257–259
- CH 226
- Klageänderung 260
- Mißbrauch 237 f.
- Nichtausübung 239–242
- CH 239–242; I. 239–242
- Präklusion 242–247, 250 f., 253, 255–257, 266 f., 438 f.
- Rechtsnatur 227, 258 f., 438
- CH 259; I. 259
- Rückverweisung 164–168, 242, 250, 262
- s. a. Aufklärungs- u. Hinweispflicht des Gerichts; Ermittlung des günstigeren Rechts; Rechtswahl
- Weiterverweisung** s. Rückverweisung
- Wettbewerbsrecht** 190, 219 f., 274–276, 285, 368–376, 439
- akzessorische Anknüpfung 374
- Anschwärzung 369–373, 439
- Gleichheit der Anbieter 390 f., 412, 423–434
- Marktort 275, 368–376
- F. 8
- Schutzrechtsverwarnung 369–373, 439
- Vorbereitungshandlungen 274–276, 285
- Zivilverfahrensrecht, Internationales** 43 f., 55–62, 298, 349
- Auslegung des Art. 5 Nr. 3 GVÜ 57–62, 74 f., 207, 214, 219 f., 298, 321–323, 349, 396, 425
- Marinari 57–62
- Reinwater 57–62
- Shevill 57–62, 131, 321–326, 335, 338 f.
- Einlassung, rügelose 243–247
- favor laesi 57–62, 74 f.
- forum non conveniens US 394 f.
- forum shopping 56 f., 59–62, 74 f.
- Handlungsort, Mittäter 279 f.
- Mosaikbeurteilung 57–62, 131, 321–326, 335, 338 f.
- Verhältnis zum IPR 43 f., 55–57, 74 f., 106 f., 338, 395
- Vermögensgerichtsstand 347–349
- Vermögensschäden 344 f., 349
- Vorhersehbarkeit 207, 214, 219 f.
- Wettbewerbsrecht 369
- Zurechnung, kollisionsrechtliche** 196–205, 388 f., 401
- Verschulden 201–205
- Zwei-Stufen-Theorie** 213–217

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe Hahn, H.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe Dopffel, Peter
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleicherungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Gotwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopolou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe Veelken, Winfried.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Heribert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.

- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Mínuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Němec, Jiří*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Richter, Stefan*: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Siehr, Kurt*: siehe Dopffel, Peter
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan - Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. – *Band 2*. 1983. *Band 9*. – *Band 3*. 1990. *Band 25*. – *Band 4*. 1990. *Band 26*. – *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Ziegert, K.A.*: siehe Plett, K.

*Einen Gesamtkatalog sendet Ihnen gerne der Verlag
 Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
 Neueste Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>.*

